

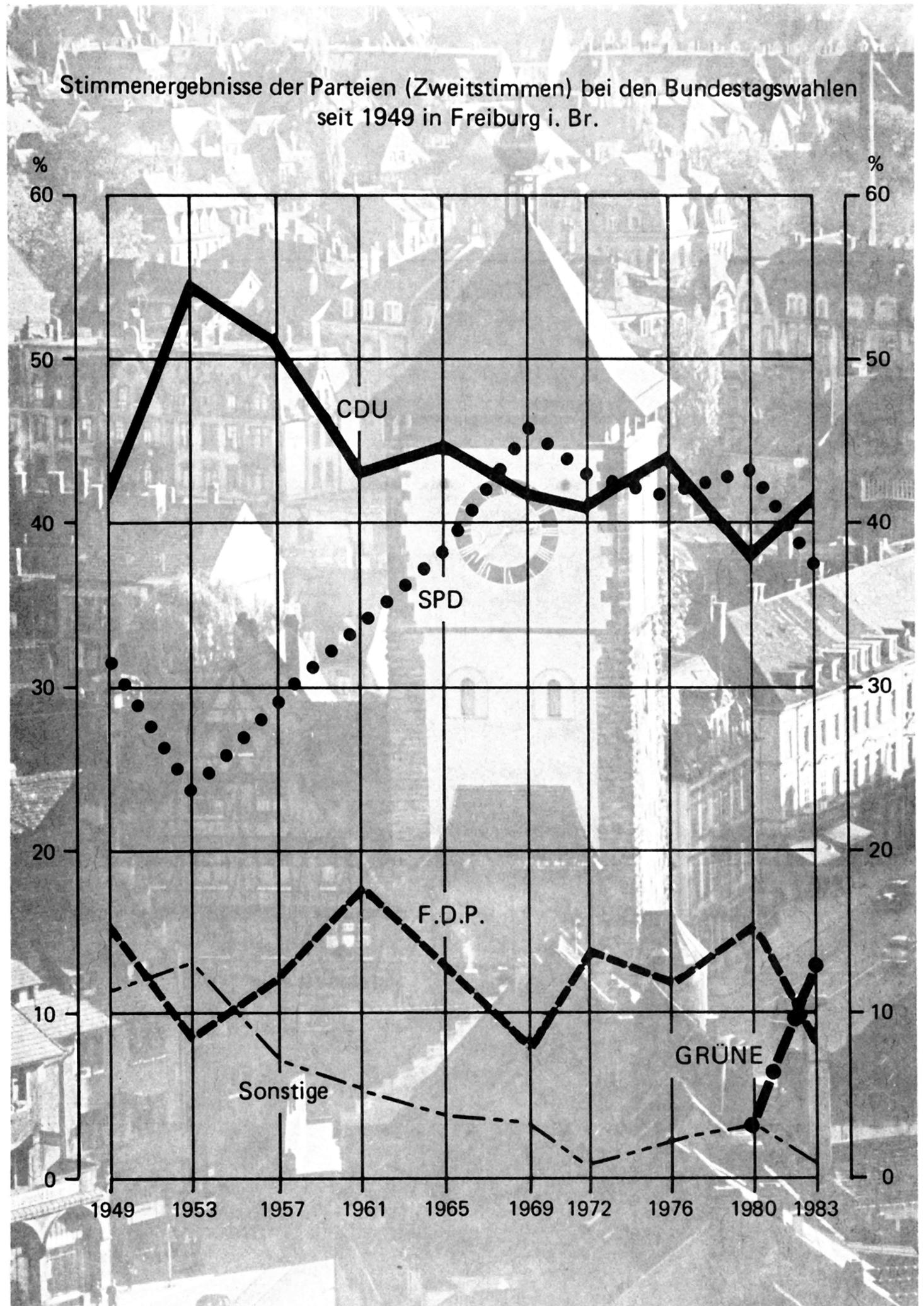
Sonderberichte

des Amtes für Statistik und Einwohnerwesen

Stadt Freiburg im Breisgau

Wahlen

Vor der Bundestagswahl 1987



Herausgeber:

Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg im Breisgau

Januar

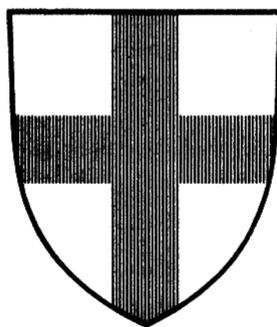
1987

- W a h l e n -

Vor der Bundestagswahl 1987

– Zahlen, Fakten, Trends aller Bundestagswahlen in Freiburg i. Br. –

Januar 1987



I n h a l t

Vorwort	5
Freiburg und die Bundestagswahlen zwischen 1949 und 1983 von G. Mielke und I. Riege	6
Kandidaten und Abgeordnete zum Deutschen Bundes- tag aus dem Wahlkreis Freiburg seit 1949 von M. Remmert und H.-P. Welte	17
Die Entwicklung der Briefwahl seit 1961 von R. Tressel	31
Altersspezifisches Wahlverhalten in Freiburg i. Br. von U. Eith	33
Wählen Frauen anders als Männer? von U. Ernst-Diederichs	44
Der Kampf um politische Reviere zwischen 1972 und 1983 von G. Mielke	52
Wie wählen Arbeiter, wie Angestellte und Beamte, wie Selbständige ...? von R. Tressel	63

V o r w o r t

Es gibt zwei Termine, an denen die politische Öffentlichkeit besonders Interesse an Wahlergebnissen zeigt.

- Die Zeit unmittelbar vor der Wahl, in der zurückliegende Ergebnisse analysiert und Trends und Chancen der verschiedenen Parteien hochgerechnet werden.
- Die Zeit direkt nach der Wahl, wenn die aktuellen Ergebnisse und Analysen vorliegen, und die Sieger mit dem Feiern, die Verlierer jedoch mit den Schuldzuweisungen beginnen.

Entgegen unserer bisherigen Praxis beschränken wir uns bei der hier vorgelegten Vorwahlberichterstattung nicht auf die Darstellung der neuesten Zahlen zu den Wahlberechtigten, Wahlbezirken, Wahlvorschlägen etc., sondern versuchen, mit Bestandsaufnahmen und Vergleichen längerfristige Trends aufzuspüren. Auf Wertungen, Stellungnahmen und Schlußfolgerungen für die kommende Wahl wurde bewußt verzichtet, dies wird dem Leser überlassen.

Dieses Heft, dessen Wert vor allem in dem breiten Spektrum der Themen liegt, wäre ohne das Fachwissen und das Engagement der Mitwirkenden der Arbeitsgruppe 'Wahlen' am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg - Lehrstuhl Prof. Dr. Oberndörfer - und ihres Koordinators Dr. Gerd Mielke nicht zustande gekommen.

Als Autoren haben sich engagiert: Herr Eith, Frau Ernst-Diederichs, Herr Dr. Mielke, Herr Remmert, Frau Riege und Herr Welte, alle Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg, sowie als Initiator dieses Heftes und Autor mit zwei Beiträgen Herr Tressel, Leiter der Abteilung 'Stadtforschung' im Amt für Statistik und Einwohnerwesen. Allen, die durch ihre Initiative und Mitarbeit diesen Beitrag zur kommunalen Wahlforschung in Freiburg unterstützten, gilt mein besonderer Dank.

Mit dieser Arbeit - und dies erfüllt mich mit besonderer Freude - wird die langjährige Tradition erfolgreicher gemeinsamer Arbeit von Universität und Kommunalstatistik in Freiburg zum gemeinsamen Nutzen fortgesetzt.



Freiburg und die Bundestagswahlen zwischen 1949 und 1983

von Gerd Mielke und Ilka Riege

In den Wahlergebnissen Freiburgs spiegeln sich die Entwicklungslinien der westdeutschen Wahlgeschichte wider, allerdings gebrochen durch das Prisma der Eigentümlichkeiten der politischen Strukturen und Traditionen Freiburgs. Ein Vergleich zwischen den Wahlergebnissen im Bund, im Land Baden-Württemberg und der Stadt Freiburg läßt das Spezifische wie auch die umfassenden Trends in den Blick geraten.

Die Wahlen zwischen 1949 und 1961 sind von einem stetigen Trend zur Überwindung der von Weimar ererbten Parteienzersplitterung gekennzeichnet. Danach folgt bis 1976 eine zweite Phase der Konsolidierung und Konzentration in einem zweipoligen Parteiensystem um die CDU und die SPD mit der dazwischen als Koalitionspartner für beide großen Parteien agierenden FDP. Dies geht ab 1980 in eine Parteienlandschaft der zwei Lager aus bürgerlichen und links-ökologischen Parteien über.

Die erste Bundestagswahl 1949 gilt mit Recht in der neueren Wahlforschung als verspätete Wahl der Weimarer Republik. In ihr verharret das noch junge Parteiensystem einen historischen Moment lang auf der Schwelle zwischen Kontinuität und Neubeginn. Mit 31,0 % und 29,2 % liegen die CDU unter Konrad Adenauer und die SPD unter Kurt Schumacher im Bund dicht auf, gefolgt von den Liberalen mit 11,9 %. Damit ergeben sich, auf das Bundesgebiet berechnet, nahezu dieselben Kräfteverhältnisse zwischen dem bürgerlichen und linken Lager wie bei der letzten Reichstagswahl vor dem Siegeszug der NSDAP im Jahre 1928. Auch im Land Baden-Württemberg kommen die Weimarer Proportionen wieder zum Vorschein. In Freiburg knüpft die CDU als Zentrumserbin mit 41,1 % an die Vorkriegsdominanz der katholischen Integrationspartei an und liegt deutlich über dem Bundesergebnis der CDU. Die SPD verfehlt mit 31,6 % in Freiburg das Bundesergebnis nur knapp. Die 15,3 % der FDP weisen Freiburg deutlich als liberale Hochburg aus. Was die Konzentration der Wähler auf diese drei Parteien angeht, eilt die

Parteienlandschaft in Freiburg der bundes- und landesweiten Entwicklung schon 1949 voraus. Nur 12,0 % entfallen hier 1949 auf andere Parteien gegenüber 18,9 % im Land und gar 27,8 % im Bund.

Die Bundestagswahl 1953 ist vom "Wahlwunder" der CDU geprägt. Unter der charismatischen Führung Adenauers wird die Union zum Sammelbecken eines vormals breit gefächerten bürgerlichen, katholischen als auch protestantischen Lagers. Sie steigert ihren Stimmenanteil bundesweit um 14,2 % auf 45,2 %; im Land beträgt der Zuwachs 12,8 %. In Freiburg ist er mit 14,1 % fast identisch mit dem Durchbruch auf Bundesebene. Damit sind die Grenzen des Zentrumsmilieus endgültig überschritten, und auch hier ist Freiburg der Entwicklung im Bund einen Schritt voraus. Schon das Jahr 1953 erbringt das Rekordergebnis der CDU, welches sich auf Bundesebene erst 1957, im Lande gar erst 1976 einstellen wird.

Für die beiden anderen Parteien bringt 1953 eine herbe Enttäuschung. Beide verzeichnen Einbußen, die in Freiburg besonders drastisch ausfallen. Während die SPD nach dem Tode Schumachers unter Erich Ollenhauer im Bund mit 28,8 % und im Land mit 23,0 % nur leichte Rückschläge hinnehmen mußte, muß sie in Freiburg mit 23,6 % eine vernichtende Niederlage einstecken. Den Liberalen ergeht es ähnlich. 9,7 % im Bund und 12,7 % im Land bedeuten jeweils Verluste von 2,4 % bzw. 4,9 %, denen ein Einbruch von 6,4 % auf 8,9 % in Freiburg gegenübersteht. Der Anteil der Sonstigen steigt in Freiburg noch einmal auf 12,3 %, während er auf den beiden anderen Ebenen schon deutlich zu fallen beginnt.

1957 steht im Zeichen einer vom wirtschaftlichen Aufschwung und der populären Kanzlerschaft Adenauers auf die Höhen der absoluten Mehrheit getragenen CDU. Sie erzielt 50,2 % im Bund; 52,4 % sind es in Baden-Württemberg. Der CDU-Anteil in Freiburg sinkt allerdings auf 51,3 % ab. Stattdessen wächst der Anteil der Liberalen auf 12,2 % an. Damit liegt Freiburg für die FDP im Landestrend, jedoch gegenläufig zur Entwicklung auf Bundesebene, wo die Liberalen von 9,5 % auf 7,7 % abfallen. Die SPD, mit ihrem Spitzenkandidaten Ollenhauer, kann auch bei der dritten Bundestagswahl nicht entscheidend aus dem Ghetto der 30 % ausbrechen, wenngleich sie leichte Zuwächse auf 25,8 % im Land und 31,8 % im Bund verzeichnet, die in Freiburg sogar

besonders kräftig ausfallen.

Das kontinuierliche Erstarben der SPD ist das Kennzeichen der folgenden Bundestagswahlen bis 1972 in denen jeweils Willy Brandt die Partei im Wahlkampf anführt. Mit der programmatischen Wende von Godesberg erschließt sich die SPD neue Wählerschichten außerhalb ihrer traditionellen Arbeiterklientel. Der "Bürger Trend" marschiert für die SPD fortan Seite an Seite mit dem "Genossen Trend". 36,2 %, 39,2 % und 42,7 % lautet die Erfolgschronik sozialdemokratischer Wahlergebnisse auf Bundesebene in den sechziger Jahren. Diese Entwicklung zeigt sich auch in Baden-Württemberg, allerdings auf niedrigerem Niveau und mit sachteren Steigerungsraten. Die SPD in Freiburg steigert ihr Ergebnis kräftiger als im Bund und Land und erreicht bereits 1969 die sozialdemokratische Höchstmarke mit 45,7 % über die Etappen 33,3 % 1961 und 37,0 % 1965.

Für die CDU bringt 1961 den Verlust der absoluten Mehrheit. Die Ära Adenauer neigt sich unter krisenhaften Begleitumständen wie dem Mauerbau 1961 dem Ende zu. Ein Verlust von 4,9 % läßt die Union auf 45,3 % absacken. Um diese 45 %-Marke wird sie sich in den folgenden Wahlen mit wechselnden Kandidaten, jedoch mit bemerkenswerter Gleichförmigkeit immer wieder bewegen. Auch im Land ist 1961 mit 45,3 % für die CDU ein Tiefstand zu verzeichnen, und 7,7 % Verlust werfen die Union in Freiburg auf 43,6 % zurück.

Die Liberalen, die 1961 den Wahlkampf mit der Parole "Gegen Adenauer" betreiben, erzielen mit 12,8 % ein Rekordergebnis. Am Bruch ihres Wahlversprechens haben sie lange Jahre als "Umfallerpartei" zu leiden. Im Land erreichen sie 16,6 % und in Freiburg gar 17,4 %.

1965 gelingt der CDU unter dem Adenauer-Nachfolger Ludwig Erhard mit 47,6 % ein bemerkenswerter Wahlsieg, der vor allem durch die Anziehungskraft des Protestanten Erhard in Norddeutschland erreicht wird. In Baden-Württemberg steigt der CDU-Anteil auf 49,9 %. Auch in Freiburg wächst die Union um 1,9 % auf 44,5 % an; sie sieht sich aber einer kontinuierlich erstarkenden SPD gegenüber.

Die Liberalen erleiden deutliche Einbußen auf allen Ebenen. 9,5 % im Bund, 13,1 % im Land und 12,6 % in Freiburg signalisieren jeweils

herbe Verluste, die mit 4,8 % in Freiburg besonders kraß ausfallen.

Nachdem der als Wahlmatador zwar erfolgreiche, aber in seiner Kanzlerschaft glücklose Erhard 1966 durch den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger ersetzt und das CDU/FDP-Bündnis durch die Große Koalition abgelöst wird, steht 1969 im Zeichen des Machtwechsels. Die SPD ist unaufhaltsam gewachsen und fordert nunmehr das 20jährige Führungsmonopol der CDU mit einer Riege äußerst populärer Politiker wie Willy Brandt, Alex Möller, Karl Schiller, Georg Leber und Helmut Schmidt heraus. Hinzu kommt, daß seit 1966 mit der NPD auf dem rechten Flügel eine Protestpartei entstanden ist, deren vermeintliches Abschneiden im Vorfeld der Wahl im In- und Ausland großes Rätselraten und Besorgnis auslöst.

Unter diesen Konstellationen erringen bundesweit SPD und FDP mit 42,7 % und 5,8 % die für die Bildung der sozial-liberalen Koalition erforderliche Mehrheit. Die Liberalen werden dabei durch ihre Wende zur SPD an den Abgrund der 5-Prozent-Klausel getrieben; denn ihre traditionelle Wählerschaft des alten selbständigen Mittelstandes läuft in Scharen zur Union über. Auch im Land zeigen sich dieselben Trends: Zuwachs für die SPD, Einbruch für die FDP in ihrem altliberalen Stammland. Freiburg bildet da keine Ausnahme. Die SPD erzielt mit 45,7 % ihr Rekordergebnis. Sie ist damit erstmals stärkste Partei in Freiburg. Die FDP verliert 4,8 % und sinkt auf 7,8 % ab.

Eine besondere Pikanterie weist die Bundestagswahl 1969 für Baden-Württemberg auf; denn schließlich kämpft hier der ehemalige Landesvater Kiesinger um den Kanzlersessel. Bundesweit erzielt die CDU 46,1 %. Erwartungsgemäß steigt das Landesergebnis der CDU auf 50,7 % an. Im badischen Freiburg hingegen verbucht die Union herbe Verluste von 3,7 % und sinkt auf 41,8 % ab. Die NPD bleibt in Freiburg mit 2,7 % hinter den Landes- und Bundesergebnissen zurück.

Die durch das fehlgeschlagene konstruktive Mißtrauensvotum vorzeitig anberaumte Bundestagswahl 1972 steht unter dem Thema der Ostverträge und wird von der Popularität des Bundeskanzlers Willy Brandt bestimmt. Beide Faktoren tragen die SPD in Bund und Land auf ihre Höchstmarke von 45,8 % bzw. 38,9 %. Erstmals wird die SPD die stärkste Partei im Bund. In Freiburg ist der Zenit der Sozialdemokraten

jedoch bereits überschritten. Mit einem völlig untypischen Verlust von 3 % erzielt die SPD 42,7 %. Allerdings kann sie ihre Position als stärkste Partei der Stadt verteidigen. Für die CDU unter ihrem Kandidaten und Parteivorsitzenden Rainer Barzel bringt die "Willy-Brandt-Wahl" ein Desaster. Sie sackt bundesweit auf 44,9 % ab. Die Verluste im Land halten sich dagegen in Grenzen, ebenso wie in Freiburg. Hier büßt die CDU jeweils nur 0,9 % bzw. 1,3 % ein und erzielt 49,8 % und 40,5 %.

Die Liberalen haben 1972 ihre Position als Juniorpartner der sozial-liberalen Koalition festigen können und verbuchen deutliche Zugewinne in ihrer neuen Klientel, der Dienstleistungsklasse des neuen Mittelstandes. Bundesweit erringt die FDP 8,4 %; im Land sind es 10,2 %. Freiburg verzeichnet einen nahezu sensationellen FDP-Zuwachs; hier steigt der liberale Stimmenanteil um mehr als das Doppelte auf 16,0 %. Auch in den folgenden Bundestagswahlen kann die FDP als der liberale Part in der sozialliberalen Koalition in Freiburg herausragende Ergebnisse erzielen. Hier schöpft sie aus einem breiten sozialliberalen Reservoir.

Die Bundestagswahl 1976 wird oft als "Normalwahl" bezeichnet. Im Vergleich zu der Wahl davor und danach besticht in der Tat, daß der Wahlkampf frei von besonderer Brisanz verläuft, auch wenn die CDU mit dem Slogan "Freiheit statt Sozialismus" dramatische Alternativen suggeriert. Die sozialliberale Koalition, nun unter der Führung Helmut Schmidts und Hans Dietrich Genschers, wird bestätigt, jedoch erleidet sie beträchtliche Einbußen in der Wählerschaft. Die SPD sinkt auf 42,6 % ab, im Land erreicht sie 36,6 %. In Freiburg bleiben die Verluste unterdurchschnittlich; hier stimmen 42,4 % für die SPD. Für die Liberalen bleibt Freiburg ein vielverheißendes Pflaster. 12,2 % liegen deutlich über den Landes- und Bundesergebnissen von 9,1 % und 7,9 %.

Der Gewinner, der gleichwohl nicht gesiegt hatte, war eindeutig die CDU unter ihrem Vorsitzenden Helmut Kohl. Mit 48,6 % erreicht sie ihr zweitbestes Bundesergebnis, im Land erzielt sie gar das beste Resultat in einer Bundestagswahl mit 53,3 %. Freiburg fällt mit einem Stimmenanteil von 44,0 % dagegen ab, aber die Union etabliert sich wieder als stärkste Partei in der Stadt. Die Erfolgsbilanz der CDU

bei dieser Bundestagswahl wird von ebenso beeindruckenden Erfolgen in einer ganzen Serie von Landtags- und Kommunalwahlen flankiert, in denen die Übernahme der "roten" Rathäuser in Frankfurt, München und Berlin die herausragenden Etappen bildeten.

Die Bundestagswahl 1980 ist eine Ausnahmewahl; denn Ihre Ergebnisse waren nur mit großen Vorbehalten als Ausdruck der wahren politischen Kräfteverhältnisse zu werten, wie sich drei Jahre später schon zeigen sollte. Auf der Ebene der nackten Zahlen brachte die Wahl für die Union und besonders für ihren Kanzlerkandidaten Franz-Josef Strauß eine verheerende Niederlage. Mit 44,5 % sank sie auf den tiefsten Stand seit 1949. Obwohl vor allem im Norden der Bundesrepublik die Verluste am deutlichsten ausfielen, bedeuteten auch die 48,5 % in Baden-Württemberg und die 38,1 % in Freiburg Alarmsignale. Für die Union in Freiburg war dies das schlechteste Nachkriegsergebnis überhaupt.

Demgegenüber behauptete sich die sozialliberale Koalition mit deutlichem Vorsprung, wobei allerdings die Stimmengewinne gegenüber 1976 nicht zugunsten der SPD, sondern vorwiegend zugunsten der FDP ausfielen. Die SPD verbuchte 42,9 % im Bund, 37,2 % im Land und 43,3 % in Freiburg, Ergebnisse, die in der Partei mit Enttäuschung registriert wurden. Man hat sich mehr versprochen. Die FDP hingegen war mit Resultaten von 10,6 %, 12,0 % und 14,5 % in Freiburg hoch zufrieden.

Erstmals nahmen die GRÜNEN an einer Bundestagswahl teil und erzielten nach einem auf die Schnelle improvisierten Wahlkampf bundesweit immerhin 1,5 %. Freiburg erwies sich schon hier als Hochburg der Umweltpartei mit 3,6 %.

Vorbehalte galten gegenüber allen Ergebnissen, allerdings wurden sie von den Kommentatoren und politischen Akteuren geraume Zeit nicht realisiert. Das Wahldesaster der CDU war nur auf ein kurzfristiges Absinken der Partei durch den umstrittenen Kandidaten Strauß zurückzuführen. Das Wählerpotential der Union war demgegenüber weitaus stärker, als es die 44,5 % verhiessen. Umgekehrt war das Ergebnis der SPD "zu gut"; denn die 42,9 % waren für die Partei nur durch die breite Popularität des Kanzlers errungen worden. Als Partei befand

sich die SPD seit Mitte der siebziger Jahre in einem stetigen Abwärtstrend. Der Erfolg der FDP festigte nicht die Koalition, sondern steigerte das Selbstbewußtsein der Liberalen gegenüber einer SPD, die immer weniger bereit war, die Politik ihres eigenen Kanzlers in wichtigen Punkten mitzutragen. Schließlich verdeckten die 1,5 % der GRÜNEN das weitaus stärkere Wählerpotential, das sich schon in einigen Wahlen zuvor als beeindruckend erwiesen hatte.

Diese von dem Wahlsieg der sozialliberalen Koalition unter Helmut Schmidt noch verschleierte, wahren Kräfteverhältnisse traten 1983 in aller Schärfe hervor. Nach der Wende der FDP des Herbstes 1982 zur christlich-liberalen Koalition wurde dieser durch einen eindrucksvollen Wahlsieg in einer vorgezogenen Bundestagswahl ein klares Mandat erteilt. Die Union unter Kanzler Kohl erzielte mit 48,8 % im Bund ihr zweitbestes Ergebnis nach der Rekordwahl von 1957. Im Land und in Freiburg signalisierten 52,6 % und 41,4 % den Durchbruch der Union. Die SPD mit ihrem Kandidaten Hans-Jochen Vogel sackte auf den Stand der sechziger Jahre ab und erreichte 38,2 %. In Baden-Württemberg waren es kümmerliche 31,1 %, in Freiburg 37,3 %.

Wiederum mußten die Liberalen die Tücken eines Koalitionswechsels durch drastische Verluste in alten Koalitionswählerkreisen erfahren. Wie schon 1969, so waren auch 1983 schwere Verluste in den Hochburgen des neuen Mittelstandes an der Tagesordnung. Aber auch diesmal konnte der Absturz unter die 5-Prozent-Grenze verhindert werden. Mit 7,5 % sank die FDP in Freiburg unter den Landeswert, offensichtlich war das sozialliberale Potential der Partei hier relativ stärker als andernorts.

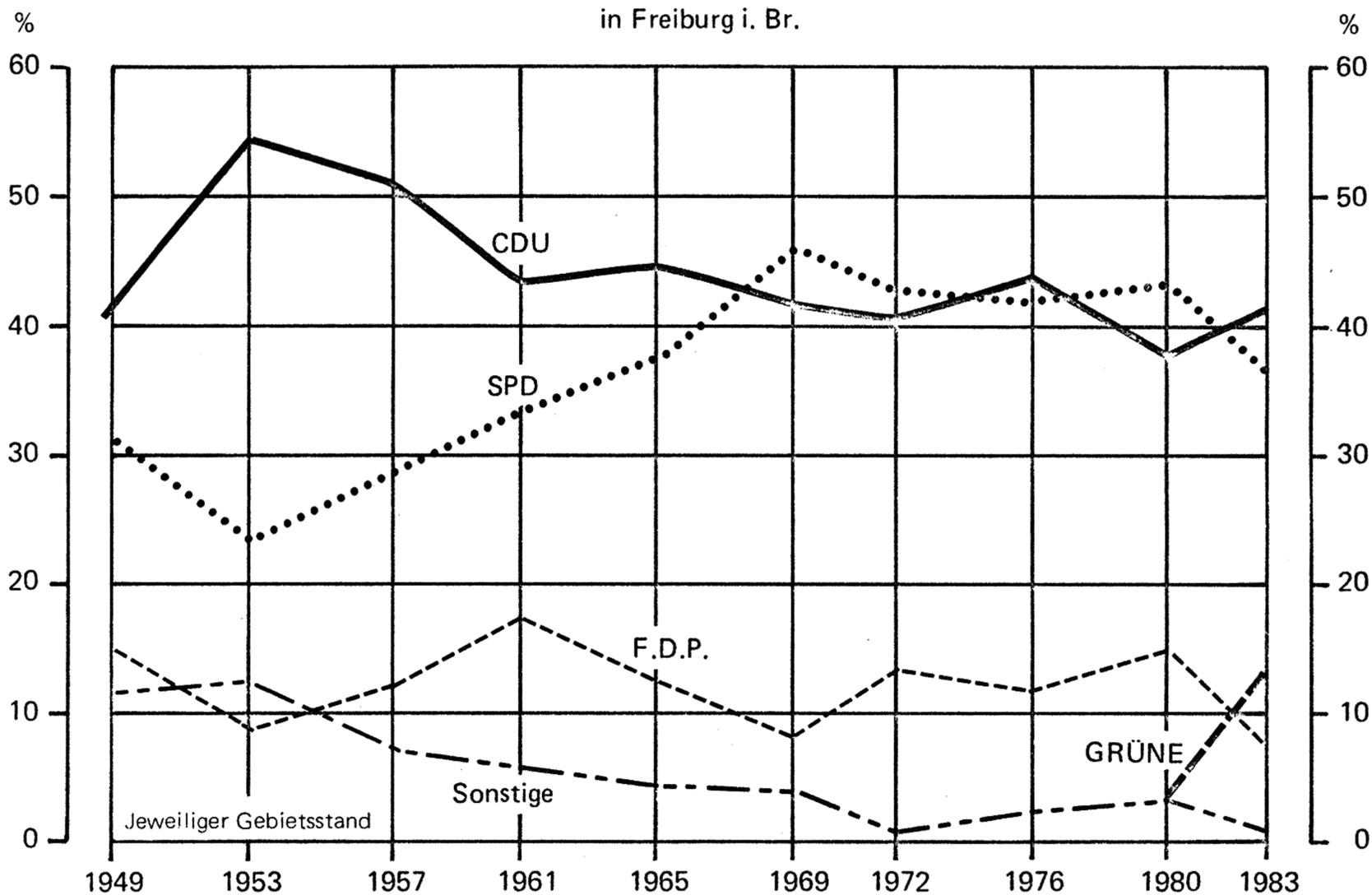
Die GRÜNEN machten Freiburg mit 13,4 % gegenüber 6,8 % im Land und 5,6 % im Bund zu einer ihrer Hochburgen. Sie zogen damit als neue Fraktion in den Bundestag ein, ohne freilich einen Repräsentanten des "grünen" Freiburgs in den Reihen ihrer Fraktion zu haben.

Mit der Bundestagswahl 1983 endete die Periode stetiger Konzentration der Wählerschaft auf die drei Parteien SPD, CDU und FDP. Sie hatte 1976 mit einer kumulierten Wählerschaft von 99,1 % für diese Parteien ihren Höhepunkt erreicht. 1983 bildete sich ein neues Parteiensystem heraus, das sich durch eine Zwei-Lager-Struktur auszeichnete, in der

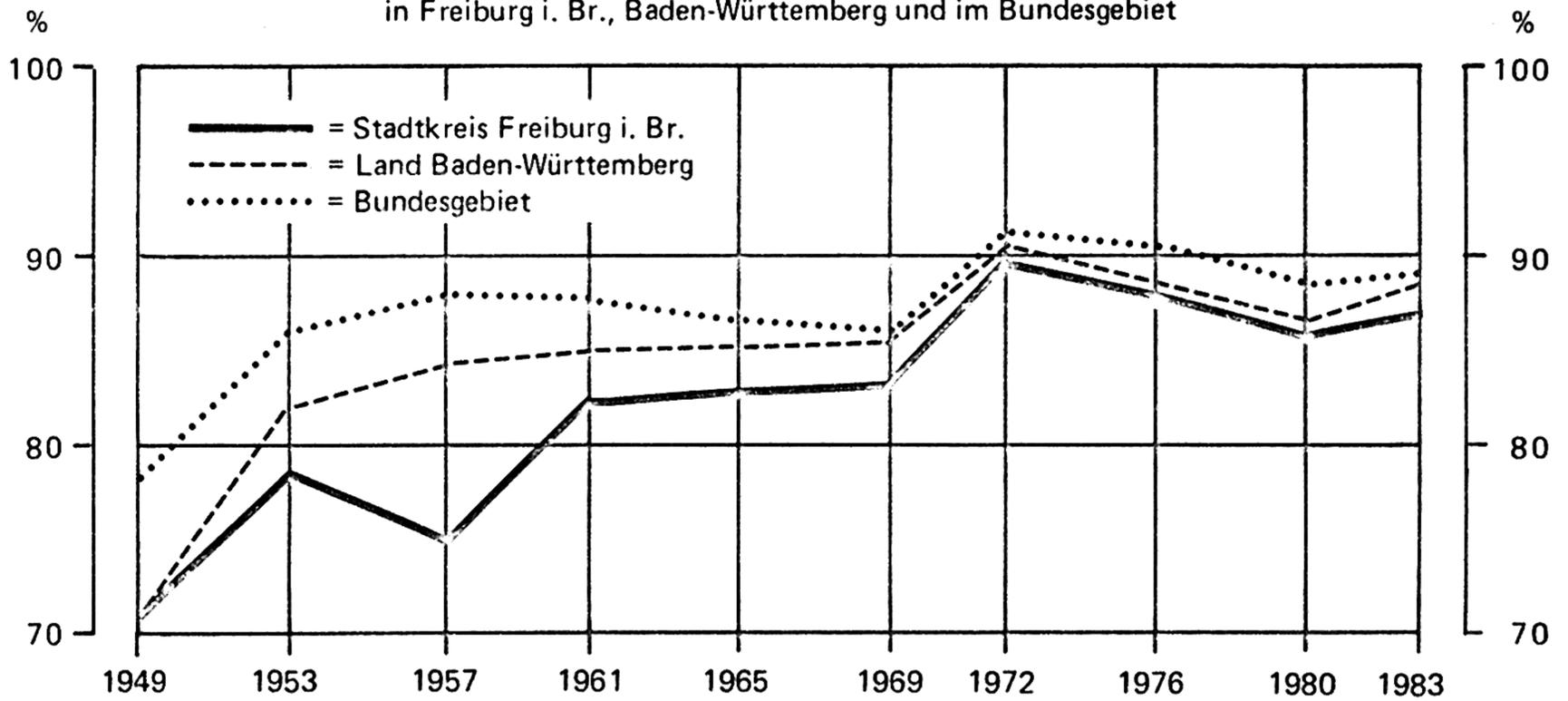
vor allem die bislang so zentrale Rolle der Liberalen als Zünglein an der Waage relativiert wurde.

Freiburg hat in der Geschichte der Bundestagswahlen spezifische Akzente gesetzt. Alle Parteien hatten hier Blütezeiten erfahren. Die Union in der Frühphase als Zentrumserbin, dann die SPD durch einen schnellen Aufstieg nach Godesberg. Für die Liberalen, vor allem für die Sozialliberalen, war Freiburg stets eine Hochburg bis ins Jahr 1983. Schließlich stellt der Aufschwung der GRÜNEN das vorläufig letzte Entwicklungskapitel einer wechselhaften Freiburger Wahlgeschichte dar.

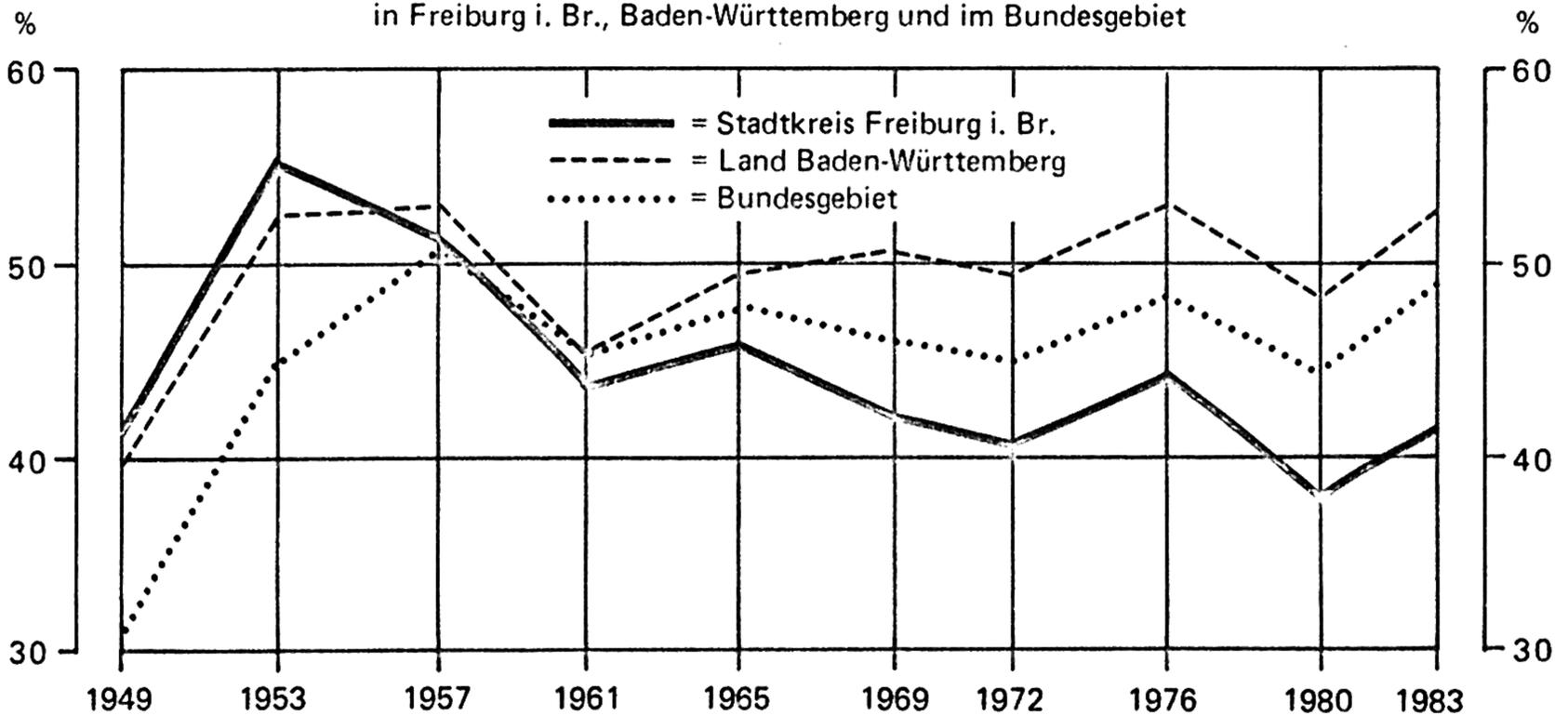
Stimmenergebnisse der Parteien (Zweitstimmen) bei den Bundestagswahlen seit 1949 in Freiburg i. Br.



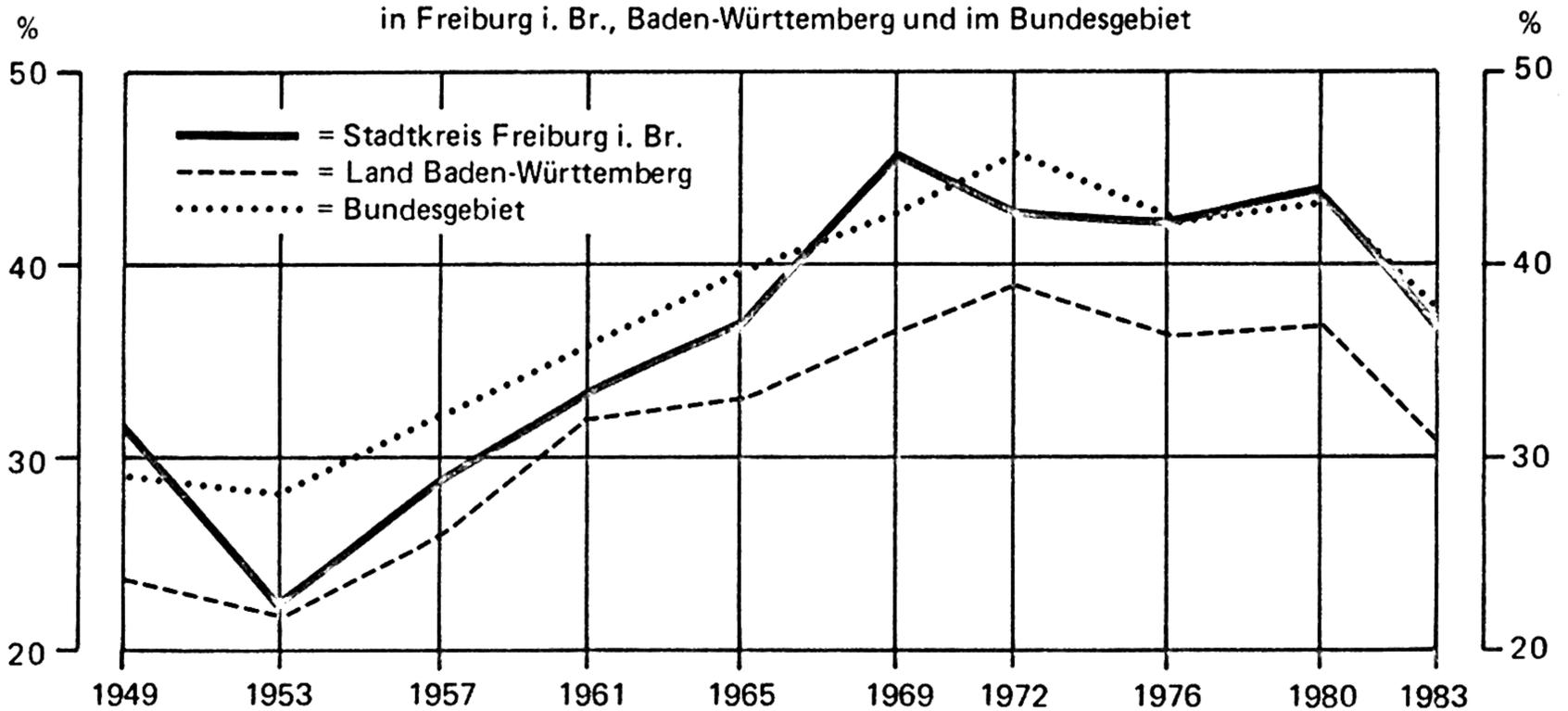
Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen seit 1949
in Freiburg i. Br., Baden-Württemberg und im Bundesgebiet



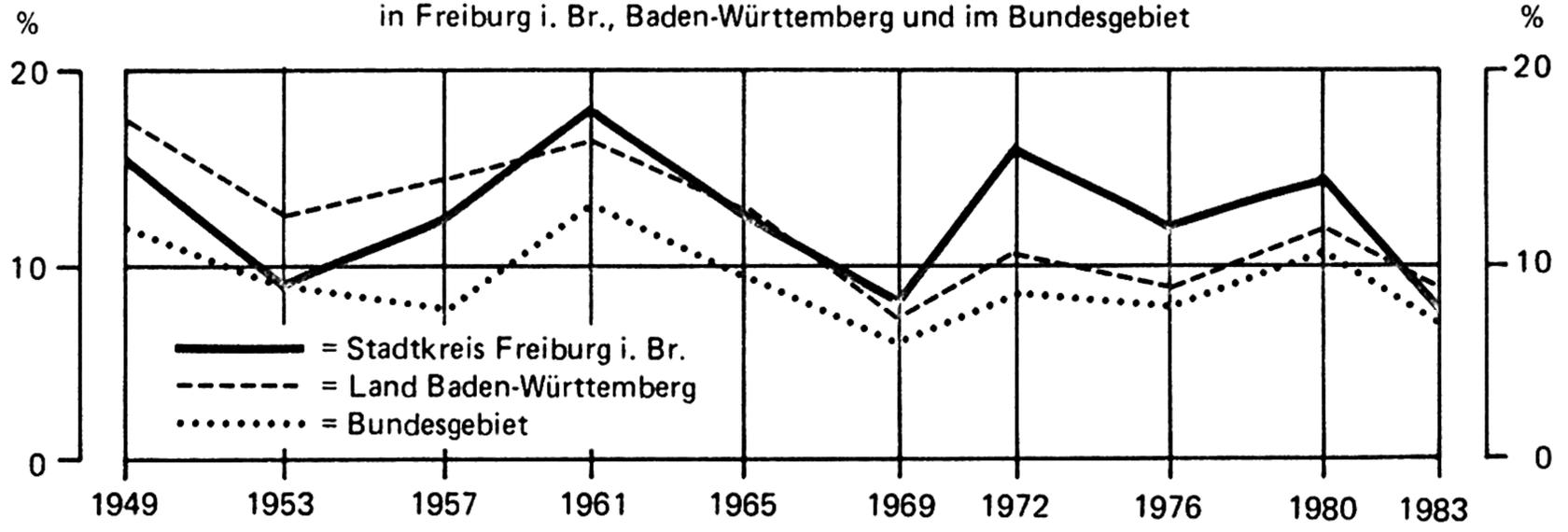
Stimmenergebnisse der CDU (Zweitstimmen) bei den Bundestagswahlen seit 1949
in Freiburg i. Br., Baden-Württemberg und im Bundesgebiet



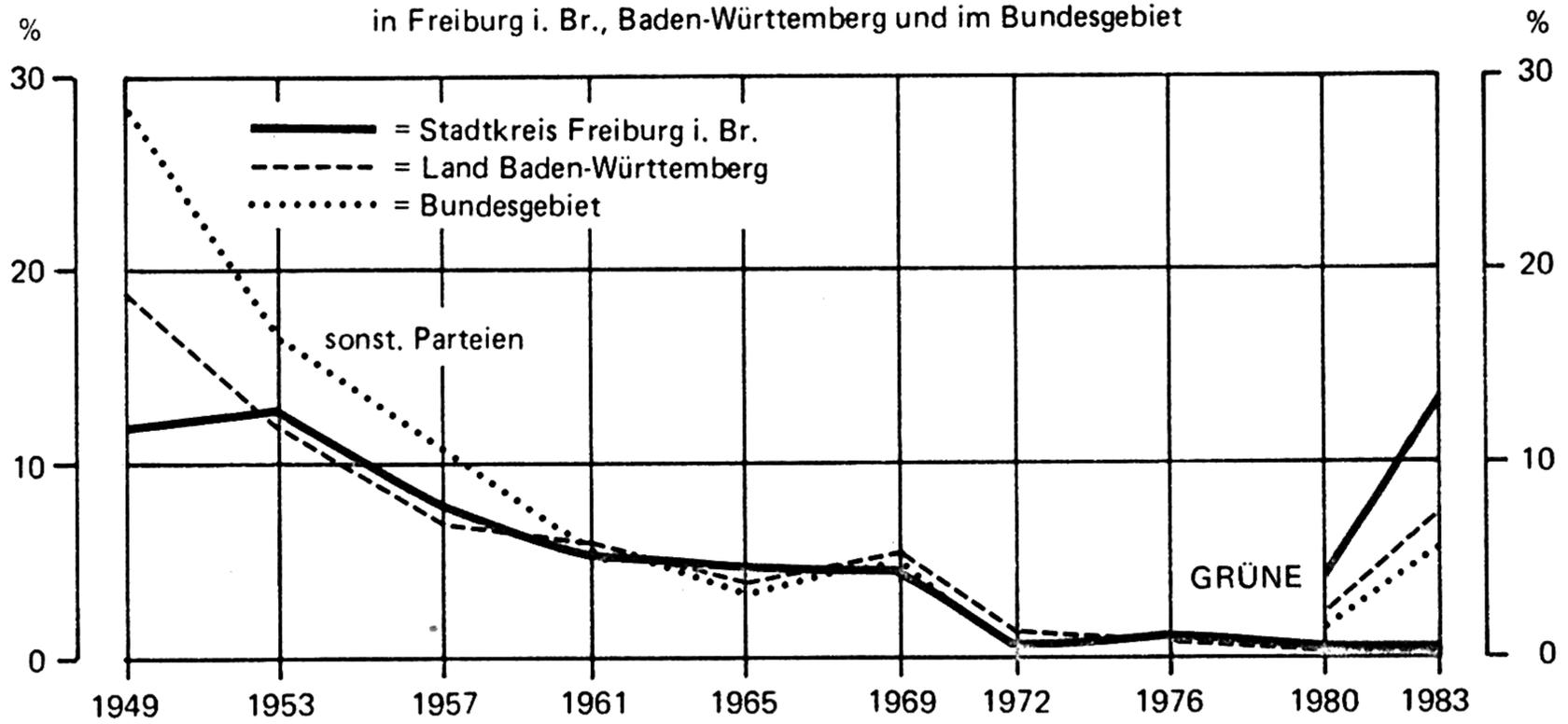
Stimmenergebnisse der SPD (Zweitstimmen) bei den Bundestagswahlen seit 1949
in Freiburg i. Br., Baden-Württemberg und im Bundesgebiet



Stimmenergebnisse der F.D.P. (Zweitstimmen) bei den Bundestagswahlen seit 1949
in Freiburg i. Br., Baden-Württemberg und im Bundesgebiet



Stimmenergebnisse der GRÜNEN und sonst. Parteien (Zweitstimmen) bei den Bundestagswahlen seit 1949
in Freiburg i. Br., Baden-Württemberg und im Bundesgebiet



Wahlbeteiligung und Stimmenergebnisse bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1983
in der Bundesrepublik, im Land Baden-Württemberg und in Freiburg i. Br.

Wahl- jahr	Wahlbeteiligung (in %)			Stimmenanteile (in %)														
	BRD	B-W	FR	CDU			SPD			F.D.P.			Sonstige			GRÜNE		
				BRD	B-W	FR	BRD	B-W	FR	BRD	B-W	FR	BRD	B-W	FR	BRD	B-W	FR
1949	70,6	78,5	70,7	31,0	39,6	41,1	29,2	23,9	31,6	11,9	17,6	15,3	27,8	18,9	12,0			
1953	81,8	86,0	78,6	45,2	52,4	55,2	28,8	23,0	23,6	9,5	12,7	8,9	16,5	11,8	12,3			
1957	84,4	87,8	75,1	50,2	52,8	51,3	31,8	25,8	29,0	7,7	14,4	12,2	10,3	7,1	7,5			
1961	84,8	87,7	82,0	45,3	45,3	43,6	36,2	32,1	33,3	12,8	16,6	17,4	5,7	6,0	5,7			
1965	84,8	86,8	82,6	47,6	49,9	45,5	39,3	33,0	37,0	9,5	13,1	12,6	3,6	4,0	4,9			
1969	85,1	86,7	83,1	46,1	50,7	41,8	42,7	36,5	45,7	5,8	7,5	7,8	5,5	5,3	4,7			
1972	90,2	91,1	89,9	44,9	49,8	40,5	45,8	38,9	42,7	8,4	10,2	16,0	0,9	1,1	0,8			
1976	89,1	90,7	88,0	48,6	53,3	44,0	42,6	36,6	42,2	7,9	9,1	12,2	0,9	1,0	1,6			
1980	86,6	88,6	86,1	44,5	48,5	38,1	42,9	37,2	43,3	10,6	12,0	14,5	0,5	0,4	0,5	1,5	1,8	3,6
1983	88,4	89,1	87,0	48,8	52,6	41,4	38,2	31,1	37,3	7,0	9,0	7,5	0,5	0,5	0,4	5,6	6,8	13,4

K a n d i d a t e n u n d A b g e o r d n e t e z u m
D e u t s c h e n B u n d e s t a g a u s d e m W a h l -
k r e i s F r e i b u r g s e i t 1 9 4 9

von Michael Remmert und Hans-Peter Welte

Bei allen Bundestagswahlen zwischen 1949 und 1983 errang die CDU im Wahlkreis Freiburg jeweils das Direktmandat. Dr. Hermann Kopf, Dr. Hans Evers und Dr. Conrad Schröder vertraten in diesem Zeitraum den Wahlkreis im Bonner Parlament. Weiteren Bewerbern gelang darüber hinaus über die Landeslisten der Parteien verschiedentlich der Einzug in den Bundestag. Stärkste politische Kraft im Wahlkreis Freiburg, der sich aus dem Stadtkreis Freiburg und einer Reihe umliegender Gemeinden des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald zusammensetzt, ist seit 1949 die CDU. Ihr Erfolg gründet vor allem auf überdurchschnittlichen Stimmenanteilen im Umland Freiburgs - dieser Teil des Wahlkreises ist eine eindeutige Domäne der Union. Dagegen konnte die SPD in der Stadt zumindest zeitweilig die Vorherrschaft der CDU brechen: so 1969 und 1980, als die SPD in Freiburg sowohl bei den Erst- als auch bei den Zweitstimmen eine relative Mehrheit erreichte; 1972 votierten mehr als die Hälfte der Freiburger Wähler für den sozialdemokratischen Wahlkreiskandidaten, den heutigen Oberbürgermeister Dr. Rolf Böhme. Daneben haben kleinere Parteien im Wahlkreis zum Teil eine wichtige Rolle gespielt: die FDP, der es mehrmals gelang, wesentlich mehr Zweit- als Erststimmen zu erhalten, und - seit 1980, insbesondere 1983 - die GRÜNEN.

1 9 4 9

Bei der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag am 14. August 1949 stellten sich im badischen Wahlkreis Nr. 4 Freiburg fünf Parteien und ihre

Kandidaten auf der Kreisvorschlagsliste dem Votum der Bürger¹⁾: CDU, SPD, FDP/DVP, KPD und die Partei "Sammlung zur Tat".

Das Direktmandat errang, wie auch in den übrigen sechs badischen Wahlkreisen, der Kandidat der CDU, Dr. Hermann Kopf, mit 48,6 % der abgegebenen Stimmen. Dabei war die CDU im ländlichen Teil des Wahlkreises mit 62,9 Prozentpunkten (gegenüber 41,1 % in Freiburg-Stadt) besonders erfolgreich. Bei der SPD mit ihrem Kandidaten Fritz Schieler, die im Gesamtwahlkreis ein Ergebnis von 27,2 % der Stimmen erhielt, bot sich mit 18,7 % in Freiburg-Land und 31,6 % in Freiburg-Stadt ein umgekehrtes Bild. Die Sozialdemokraten entsandten über ihre Landesergänzungsliste den Freiburger Friedrich Maier in den Bundestag, der bei dieser Wahl nicht im Wahlkreis Freiburg kandidiert hatte. Auch der Wahlkreiskandidat der FDP/DVP, Dr. Karl Hoffmann (FDP), der ein Ergebnis von 15,0 % im Wahlkreis vorweisen konnte, bezog über die Landesliste seiner Partei einen Abgeordnetensitz im Bundesparlament.

1 9 5 3

Am 6. September 1953 bewarben sich im neubenannten Wahlkreis 186 Freiburg acht Parteien und ihre Kandidaten um die Gunst der Wähler. Mit der absoluten Mehrheit der Erststimmen von 57,6 % im gesamten Wahlkreis und sogar von 65,1 % der Erststimmen im ländlichen Teil des Wahlkreises gewann Dr. Kopf (CDU) sein Direktmandat noch klarer als bei der vorhergegangenen Bundestagswahl.

Die SPD mit ihrem Kandidaten Friedrich Maier, der sich für seine zweite Wahlperiode im Deutschen Bundestag nun in seinem Heimatwahlkreis bewarb, hatte bei dieser Bundestagswahl im Vergleich mit der letzten und allen folgenden Wahlen sowohl beim Erststimmen- als auch beim Zweitstimmenanteil (21,7 % bzw. 21,2 % im Wahlkreis) einen ab-

1) Das 1949 noch selbständige Bundesland Baden war in sieben Wahlkreise aufgeteilt. Errechnet aus dem Anteil der badischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik standen dem Land elf Bundestagsmandate zu. Davon wurden sieben Mandate an die Direktkandidaten der Wahlkreise vergeben, und die übrigen vier Sitze wurden mit Kandidaten der sogenannten Landesergänzungslisten der Parteien unter Zugrundelegung der landesweiten Stimmenanteile besetzt. Im Gegensatz zu den folgenden Bundestagswahlen hatte 1949 jeder Wähler nur eine Stimme, die er auf der sogenannten Kreisvorschlagsliste abgeben konnte.

soluten Tiefpunkt. Im Stadtkreis Freiburg betrug die Differenz der Erststimmenanteile von CDU und SPD 35,9 Prozentpunkte. Durch seine Absicherung auf der SPD-Landesliste blieb Friedrich Maier weiterhin Mitglied des Bundestages. Das gleiche gilt für den Wahlkreiskandidaten der FDP/DVP, Dr. Hoffmann, der 9,6 % der Erststimmen in Freiburg-Stadt (10,0 % im Wahlkreis) für sich verbuchen konnte.

Dr. Ernst-Christoph Brühler, der Wahlkreiskandidat der Deutschen Partei¹⁾ (DP) (3,6 % der Erststimmen Freiburg-Stadt, 3,1 % im Wahlkreis) erhielt ein Mandat über die Landesliste der DP.

Über die Landesliste der Christdemokraten kam die in Freiburg ansässige Frau Dr. Hildegard Bleyler ins Parlament. Frau Dr. Bleyler blieb, ohne jemals in einem Wahlkreis angetreten zu sein, bis ins Jahr 1965 Mitglied des Deutschen Bundestages.

1 9 5 7

Die dritte Bundestagswahl, die am 15. September 1957 stattfand, endete im Wahlkreis Freiburg wieder mit einer absoluten Mehrheit der CDU (Freiburg-Stadt 52,0 % der Erststimmen und 51,3 % der Zweitstimmen). Entgegen der allgemeinen Aufwärtsbewegung der CDU im gesamten Bundesgebiet mußten die Christdemokraten im Wahlkreis Freiburg im Vergleich zur Bundestagswahl von 1953 einen leichten Rückgang ihres Stimmenanteils sowohl bei den Erst- als auch bei den Zweitstimmen hinnehmen. Dagegen hatte die SPD gegenüber 1953 einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, der im Stadtgebiet (+ 5,4 % Zweitstimmenanteil) etwas höher lag als in den übrigen Gemeinden des Wahlkreises (+ 3,7 % Zweitstimmenanteil).

Wie die SPD erzielten auch die Freien Demokraten einen leichten Stimmengewinn, was für beide Parteien neben dem oben erwähnten CDU-

1) Die DP ist aus der rechten christlich-konservativen Niedersächsischen Landespartei (NLP) hervorgegangen, die sich 1947 umbenannte, um ihren Charakter als regionale Heimatpartei zu verlieren. Die Partei konnte bundesweit nie 5 % der Stimmen erzielen, zog jedoch dreimal in den Bundestag ein, weil die CDU aus Koalitions Gesichtspunkten nach vorheriger Absprache in einigen norddeutschen Landkreisen auf die Aufstellung von Direktkandidaten verzichtet hatte. Der Gewinn von mehr als drei Direktkandidaten brachte die Berücksichtigung des bundesweiten Zweitstimmenanteils bei der Auszählung der Bundestagssitze mit sich, womit auch Landeslistenkandidaten der DP zum Zuge kamen.

Stimmenrückgang auf die starken Verluste der kleinen Parteien im Zuge der in Deutschland bislang unbekanntenen Konzentration des Parteiensystems bei dieser Bundestagswahl zurückzuführen ist.

Neben den Abgeordneten Kopf (CDU) und Maier (SPD), die auch weiterhin den Freiburger Wahlkreis in Bonn repräsentieren, zog der Freiburger Wilhelm Probst, der nicht im heimischen Wahlkreis kandidierte, über die Landesliste der Deutschen Partei ins Parlament ein.

Die FDP-Bundestagsfraktion sollte ab 1957 bis zur Wahl 1972 keinen Freiburger Abgeordneten mehr in ihren Reihen haben.

1 9 6 1

Die Bundestagswahl am 17. September 1961 brachte der CDU im gesamten Wahlkreis Freiburg starke Stimmenverluste. Im Stadtkreis verlor die Partei verglichen mit dem Ergebnis von 1957 jeweils 8,7 % der Erst- und Zweitstimmenanteile. Dennoch genügte dem Kandidaten Dr. Kopf die Wahlmehrheit von 48,2 % der Erststimmen zur nunmehr vierten Direktwahl in den Bundestag, was immer noch einen Vorsprung von 18,0 % der Erststimmen vor dem sozialdemokratischen Kandidaten Hans Hörmann ausmachte. Hörmann wurde mit seinem Landeslistenmandat Nachfolger des im Dezember 1960 verstorbenen Friedrich Maier als SPD-Bundestagsabgeordneter aus dem Wahlkreis Freiburg. Das Ergebnis dieser Bundestagswahl bestätigte den kontinuierlichen Aufwärtstrend der SPD, der in Freiburg-Stadt ausgeprägter war als im ländlichen Teil des Wahlkreises. Auch die FDP konnte ihr Ergebnis gegenüber der letzten Bundestagswahl im Wahlkreis um rund 4 % des Zweitstimmenanteils verbessern.

1965

Die Wahl zum 5. Deutschen Bundestag brachte der CDU im hiesigen Wahlkreis wieder leichte Gewinne gegenüber der Bundestagswahl 1961, und die Sozialdemokraten setzten ihre stetige Aufwärtsbewegung auch diesmal fort. Bei den beiden großen Parteien gab es dabei keine außergewöhnlichen Unterschiede zwischen Stadt- und Landkreis oder zwischen den Erst- und Zweitstimmenanteilen.

Der langjährige christdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Kopf wurde ein weiteres Mal durch Direktwahl in seinem Amt bestätigt, und der Sozialdemokrat Hörmann trat nach dieser Wahl über die Landesliste seiner Partei seine zweite Amtsperiode im Deutschen Bundestag an.

Der Wahlkreiskandidat der FDP, Herbert Wiedemann, mußte im Vergleich zu seinem Vorgänger einen Rückgang des Erststimmenanteils im Stadtkreis Freiburg von 7,2 Prozentpunkten hinnehmen (-2,1 % in Freiburg-Land). Hingegen fiel der Verlust mit 4,7 Prozentpunkten beim Zweitstimmenanteil der Freien Demokraten im Stadtkreis nicht so stark ins Gewicht. Dieser Befund läßt auf den Gebrauch des Stimmensplittings bei einigen Wählern schließen.

1 9 6 9

Mit der Bundestagswahl von 1969 setzte ein Generationswechsel bei den Bonner Parlamentariern ein. Parallel dazu gewannen die Parteiorganisationen im Wahlkreis für die Kandidatenaufstellung an Bedeutung. Dieser bundesweite Trend war auch im Wahlkreis Freiburg festzustellen. Dr. Hans Evers bewarb sich an Stelle von Dr. Hermann Kopf für die CDU um das Bundestagsmandat. Evers' Nominierung ging eine CDU-interne Auseinandersetzung voraus, in der sich der Freiburger Stadtkämmerer (Evers) gegen den amtierenden Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages (Kopf) mehrheitlich durchsetzen konnte.

Bei der Bundestagswahl 1969 wurde die SPD in Freiburg erstmals stärkste Partei. Die Sozialdemokraten steigerten ihren Zweitstimmenanteil im Stadtkreis Freiburg gegenüber der vorhergehenden Bundestagswahl um 8,4 % auf 45,4 %; der SPD-Kandidat Hans Hörmann erhielt 46,5 % der abgegebenen gültigen Erststimmen, das sind 8,6 % mehr als 1965 und 1,8 % mehr als sein Konkurrent von der CDU. Obgleich der christdemokratische Bewerber Dr. Hans Evers und seine Partei in Freiburg Stimmenverluste hinnehmen mußten (-3,0 % bzw. -3,4 %), lag die CDU im Gesamtwahlkreis sowohl bei den Erst- als auch bei den Zweitstimmen deutlich vorne: 49,3 % bzw. 47,2 % (SPD: 41,4 % bzw. 40,4 %). Der CDU-Erfolg beruhte auf dem überdurchschnittlichen Abschneiden der

Partei in den zum Wahlkreis gehörenden umliegenden Gemeinden. Der Kandidat der FDP lag mit 2,7 Prozentpunkte (Stadtkreis) bzw. 2,2 Prozentpunkte (Wahlkreis) hinter dem Ergebnis seiner Partei.

1 9 7 2

1972 legte die SPD bei den Erststimmen erneut zu. Dr. Rolf Böhme, ein Vertreter der nachfolgenden Generation in der SPD, der den seitherigen Bewerber, Hans Hörmann, nach einer innerparteilichen Kampfkandidatur abgelöst hatte, erzielte im Stadtkreis 50,9 % und im Wahlkreis 45,7 % (Steigerung gegenüber 1969 um 4,4 % und 4,5 %). Dennoch konnte der bisherige Wahlkreisabgeordnete Evers sein Direktmandat erfolgreich verteidigen - auch wenn sich der Abstand der Bewerber der beiden großen Parteien auf 1,4 Prozentpunkte verringerte. Die absolute Mehrheit des CDU-Kandidaten im Landkreis glich die absolute Mehrheit des SPD-Bewerbers im Stadtkreis aus und sicherte insgesamt die relative Mehrheit der CDU bei den Erststimmen (47,1 %). Dagegen schnitt die SPD bei den Zweitstimmen relativ schlecht ab. Die Sozialdemokraten fielen in der Stadt auf 42,7 %, im Wahlkreis auf 38,7 % ab. Das Zweitstimmenergebnis der SPD im Wahlkreis lag 7,0 Prozentpunkte unter ihrem Erststimmenanteil und 6,9 Prozentpunkte hinter dem CDU-Resultat. Der "Willy-Brandt-Effekt" der Bundestagswahl von 1972 schlug in Freiburg nicht durch. Das schwache Abschneiden der SPD bei den Zweitstimmen korrespondierte mit beträchtlichen Zweitstimmengewinnen der FDP. Die Liberalen konnten ihren Zweitstimmenanteil im Vergleich zu 1969 ungefähr verdoppeln und erreichten 16,0 % in der Stadt und 14,9 % im gesamten Wahlkreis. Der Kandidat der FDP, Dr. Manfred Vohrer, blieb mit seinem Erststimmenergebnis um 9,8 % bzw. 8,3 % dahinter zurück. Es ist zu vermuten, daß eine ganze Reihe von Böhme-Wählern die Möglichkeit des Stimmensplittings nutzten und mit ihrer Zweitstimme die FDP unterstützten. Neben dem Wahlkreisabgeordneten Evers (CDU) zogen auch die Kandidaten Böhme (SPD) und Vohrer (FDP) über die Landesliste ihrer Parteien in den 7. Deutschen Bundestag ein - der Wahlkreis Freiburg war damit wieder mit drei Abgeordneten in Bonn vertreten.

1 9 7 6

Die Bundestagswahl von 1976 führte zu einer Veränderung der politischen Konstellation in Freiburg: Die CDU wurde in Stadtkreis bei Erst- und Zweitstimmen wieder - wie vor 1969 - die Nummer Eins. Für ihren Kandidaten votierten 44,3 %, für ihre Landesliste 44,0 % der Freiburger Wähler. Im Gesamtwahlkreis konnte die Union ihre dominierende Position noch ausbauen. Kandidat und Partei erreichten gleichermaßen 48,4 % der Stimmen; die SPD lag jeweils um etwa 10 Prozentpunkte zurück. Der Bewerber der SPD, Rolf Böhme, büßte gegenüber der Wahl von 1972 in Freiburg 8,0 % (Stimmenanteil von 42,9 %) und im Wahlkreis 6,8 Prozentpunkte (Stimmenanteil von 38,9 %) ein. Der Christdemokrat Evers verbesserte sich um 2,1 (Stadt) bzw. 1,3 Prozentpunkte, der Freidemokrat Vohrer um 4,6 (Stadt) bzw. 4,3 Punkte. Bei den Zweitstimmen mußte die SPD leichte, die FDP relativ starke Einbußen hinnehmen. Erststimmenergebnis einerseits und Zweitstimmenergebnis andererseits waren bei allen drei Parteien in etwa ausgeglichen (Abweichungen von 0 bis 1,4 Prozentpunkten). Die seitherigen Freiburger Abgeordneten gehörten auch in der neuen Legislaturperiode dem Bundesparlament an.

1 9 8 0

Bei der Bundestagswahl 1980 tauschten CDU und SPD in Freiburg erneut die Plätze. Die Sozialdemokraten ließen im Stadtkreis ihren härtesten Konkurrenten deutlich hinter sich. Die SPD erhielt 45,0 % der Erst- und 43,3 % der Zweitstimmen; der CDU-Kandidat Dr. Conrad Schroeder, der sich nach dem Verzicht von Hans Evers auf eine weitere Kandidatur, um den Bundestagswahlkreis Freiburg bewarb, fiel auf 39,8 %, die CDU-Landesliste auf 38,1 % zurück - was Verluste in einer Größenordnung von 4,5 % bzw. 5,9 % gegenüber der 76er Wahl bedeutete. Die SPD konnte ihr zweitbestes Ergebnis überhaupt hinnehmen - die erheblichen Zweitstimmenverluste der CDU bei der "Strauß-Wahl" 1980 waren auch in Freiburg festzustellen. Dennoch konnte die CDU trotz durchgängigen Stimmeneinbußen den Wahlkreis 185 Freiburg knapp verteidigen. Conrad Schroeder erzielte bei den Erststimmen eine relative Mehrheit von 43,5 %; Rolf Böhme lag mit einem Stimmenanteil von 41,1 % lediglich

2,4 Prozentpunkte zurück. Der Erfolg des CDU-Bewerbers lag im Abschneiden im Umland Freiburgs begründet. Das Zweitstimmenverhältnis sah folgendermaßen aus: CDU 42,0 %, SPD 35,8 %. CDU wie SPD erreichten bei den Erststimmen ein besseres Ergebnis als bei den Zweitstimmen. Demgegenüber lag bei der FDP der Zweitstimmenanteil um etwa 4 % über dem Erststimmenanteil. Während die FDP bei den Stimmen für den Wahlkreiskandidaten stagnierte, konnte sie bemerkenswerte Parteistimmengewinne verzeichnen (Stimmenanteil von 14,4 % im Gesamtwahlkreis). Der Bewerber der erstmals bei Bundestagswahlen kandidierenden GRÜNEN, Peter Wedel, erreichte auf Anhieb 4,4 % (Stadtkreis) bzw. 4,7 % (Wahlkreis). Die grüne Parteiliste wurde von 3,3 % (Stadtkreis) bzw. 3,6 % (Wahlkreis) der Freiburger Wähler unterstützt. Conrad Schroeder (Direktmandat), Rolf Böhme und Manfred Vohrer gehörten dem neu gewählten Bundestag an.

1 9 8 3

Bei der vorgezogenen Neuwahl des Deutschen Bundestages trat der bisherige Kandidat der SPD, Rolf Böhme, im Wahlkreis nicht mehr an, weil er zwischenzeitlich zum Oberbürgermeister der Stadt Freiburg i. Br. gewählt wurde. Nachfolger wurde Prof. Dr. Jürgen Meyer, der sich innerparteilich knapp gegen den Kreisvorsitzenden der SPD, Gernot Erler, durchsetzen konnte.

Die CDU landete 1983 im Stadt- und im Wahlkreis vor der SPD. Der 1980 erstmals kandidierende Conrad Schroeder erzielte im Wahlkreis die absolute Mehrheit der Stimmen (50,5 %), in Freiburg eine relative Mehrheit (45,0 %). Prof. Dr. Jürgen Meyer (SPD) rangierte im Wahlkreis 11,0 Prozentpunkte, dagegen im Stadtkreis lediglich 1,9 Prozentpunkte hinter dem CDU-Mann. Beträchtliche Verluste kennzeichneten das sozialdemokratische Zweitstimmenergebnis: Auf die SPD entfielen in Freiburg 6,0 %, im Wahlkreis 6,4 % weniger als 1980. Die SPD kam gerade auf ein Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen im Wahlkreis 185. Erdrutschartige Einbußen auch für die FDP, die 1982 eine Koalition mit der CDU einging, sowohl bei den Erststimmen (im Wahlkreis: -9,0 %, im Stadtkreis: -7,8 %) als auch bei den Zweitstimmen (im Wahlkreis: -6,4 %, im Stadtkreis: -7,0 %). Die Nachwehen der "Wende" waren für

die Liberalen in der Universitätsstadt Freiburg besonders deutlich zu verspüren. Dritte Kraft in Freiburg wurden die GRÜNEN. Sie konnten ihren Zweitstimmenanteil nahezu vervierfachen (Wahlkreis: 12,4 %, Stadtkreis: 13,4 %). Der grüne Kandidat Hans-Joachim Dörfel schnitt über 4 Prozentpunkte besser ab als sein Mitbewerber von der FDP, Dr. Horst Rohde, und erreichte 6,7 % (Wahlkreis) bzw. 7,0 % (Stadtkreis). Das Direktmandat des Wahlkreises ging erneut an Conrad Schroeder (CDU); darüber hinaus schafften keine weiteren Freiburger Bewerber den Sprung in den Bundestag.

1 9 8 7

Am 25. Januar 1987 kandidieren für die vier großen Parteien Dr. Conrad Schroeder (CDU), Gernot Erlner (SPD), Erich Böcherer (FDP) und Prof. Dr. Elisabeth Freund-Mölbart (GRÜNE).

Die Freiburger Bundestagsabgeordneten seit 1949

Wahlperiode	Direktmandat Erststimmen in Prozent (Gesamtwahlkreis)	Über die Landeslisten der Parteien gewählte Abgeordnete	Politische Funktionen	Beruf
1. WP 1949 - 1953	Dr. Hermann Kopf (CDU) 48,6	Friedrich Maier (SPD) (keine Wahlkreiskandi- datur) Dr. Karl Hoffmann (FDP/DVP)	Mitglied des Parlamen- tarischen Rates 1948/49 Vorsitzender des Bundes- tagsausschusses für Ange- legenheiten der inneren Verwaltung Vorsitzender des Wahl- rechtsausschusses des Deutschen Bundestages (erste Sitzung: 26.3.1953)	Rechtsanwalt Ministerialrat a. D. Fabrikant
2. WP 1953 - 1957	Kopf (CDU) 57,6	Maier (SPD) Hoffmann (FDP/DVP) Dr. Hildegard Bleyler (CDU) (keine Wahlkreiskandi- datur) Dr. Ernst-Christoph Brühler (DP)	Vorsitzender des Bundes- tagsausschusses für An- gelegenheiten der inne- ren Verwaltung	Regierungsrätin Akademiedirektor
3. WP 1957 - 1961	Kopf (CDU) 56,1	Maier (SPD) (+ 14.12.1960) Wilhelm Probst (DP) (keine Wahlkreiskandi- datur) (seit 1.7.1960 fraktionslos, seit 20.9.1960 CDU/CSU- Fraktion) Bleyler (CDU) (keine Wahlkreiskandi- datur)	Vorsitzender des Bundes- tagsausschusses für auswärtige Angelegen- heiten (ab. 25.5.1960) Vorsitzender des Bundes- tagsausschusses für Inne- res	selbst. Kaufmann

Wahlperiode	Direktmandat Erststimmen in Prozent (Gesamtwahlkreis)	Über die Landeslisten der Parteien gewählte Abgeordnete	Politische Funktionen	Beruf
4. WP 1961 - 1965	Kopf (CDU) 48,2	Hans Hörmann (SPD) Bleyler (CDU) (keine Wahlkreiskandi- datur)	Vorsitzender des Bundes- tagsausschusses für aus- wärtige Angelegenheiten	Geschäftsstellenleiter der IG-Bergbau u. Energie
5. WP 1965 - 1969	Kopf (CDU) 52,1	Hörmann (SPD)	Vorsitzender des Bundes- tagsausschusses für aus- wärtige Angelegenheiten	
6. WP 1969 - 1972	Dr. Hans Evers (CDU) 49,3	Hörmann (SPD)		Stadtkämmerer
7. WP 1972 - 1976	Evers (CDU) 47,1	Dr. Rolf Böhme (SPD) Dr. Manfred Vohrer (FDP/DVP)	Vorsitzender des Sport- ausschusses des Deut- schen Bundestages	Rechtsanwalt Diplom-Volkswirt Bergbauer
8. WP 1976 - 1980	Evers (CDU) 48,4	Böhme (SPD) Vohrer (FDP/DVP)	Vorsitzender des Sport- ausschusses Parlamentarischer Staatssekretär im Bun- desfinanzministerium (ab 16.2.1978)	
9. WP 1980 - 1983	Dr. Conrad Schroeder (CDU) 43,5	Böhme (SPD) (bis 2.12.1982) Vohrer (FDP/DVP)	Parlamentarischer Staats- sekretär. (bis 28.4.1982)	Leiter des Finanzamtes Freiburg I
10. WP 1983 - 1987	Schroeder (CDU) 50,5			

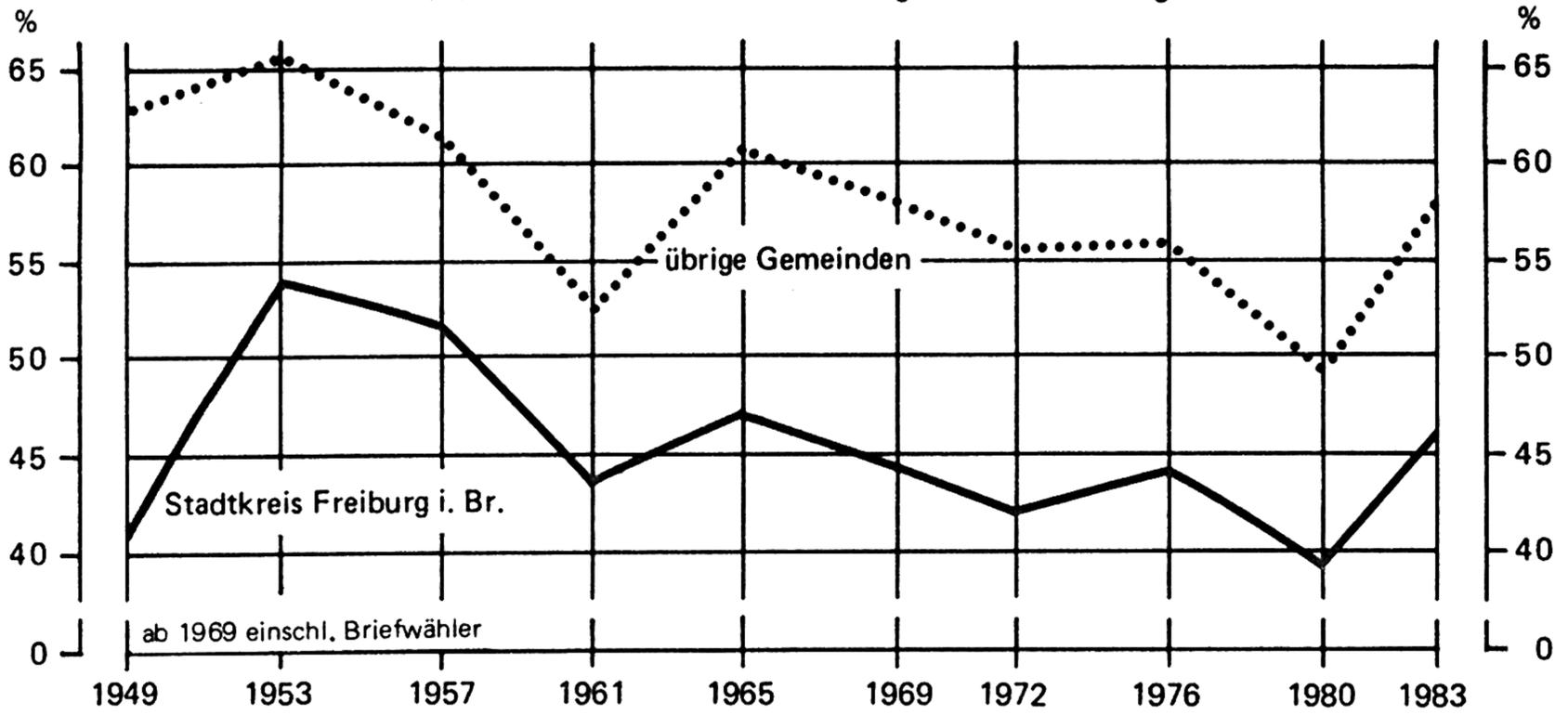
Stimmenanteile der Kandidaten und Parteien im Stadtkreis und Wahlkreis Freiburg i. Br.
bei den Bundestagswahlen seit 1949 (in %) ¹⁾

Wahljahr	Partei	Erststimmen		Zweitstimmen	
		Stadtkreis	Wahlkreis	Stadtkreis	Wahlkreis
1949	CDU	41,1 Dr. Hermann Kopf	48,6		
	SPD	31,6 Fritz Schieler	27,2		
	FDP/DVP	15,3 Dr. Karl Hoffmann	15,0		
1953	CDU	53,8 Kopf	57,6	55,2	58,7
	SPD	24,2 Friedrich Maier	21,7	23,6	21,2
	FDP/DVP	9,6 Hoffmann	10,0	9,0	9,3
	DP	3,6 Dr. Ernst-Christoph Brühler	3,1	3,5	3,2
1957	CDU	52,0 Kopf	56,1	51,3	55,4
	SPD	29,3 Maier	25,1	29,0	24,9
	FDP/DVP	11,7 Hoffmann	12,6	12,2	12,9
	DP	2,4 Brühler	2,0	2,5	2,2
1961	CDU	43,3 Kopf	48,2	42,6	47,6
	SPD	34,5 Hans Hörmann	30,2	34,4	30,2
	FDP/DVP	16,6 Eugen Martin	16,8	17,1	17,1
1965	CDU	46,9 Kopf	52,1	44,7	50,3
	SPD	39,0 Hörmann	33,6	38,0	33,0
	FDP/DVP	9,4 Herbert Wiedemann	11,4	12,4	12,7

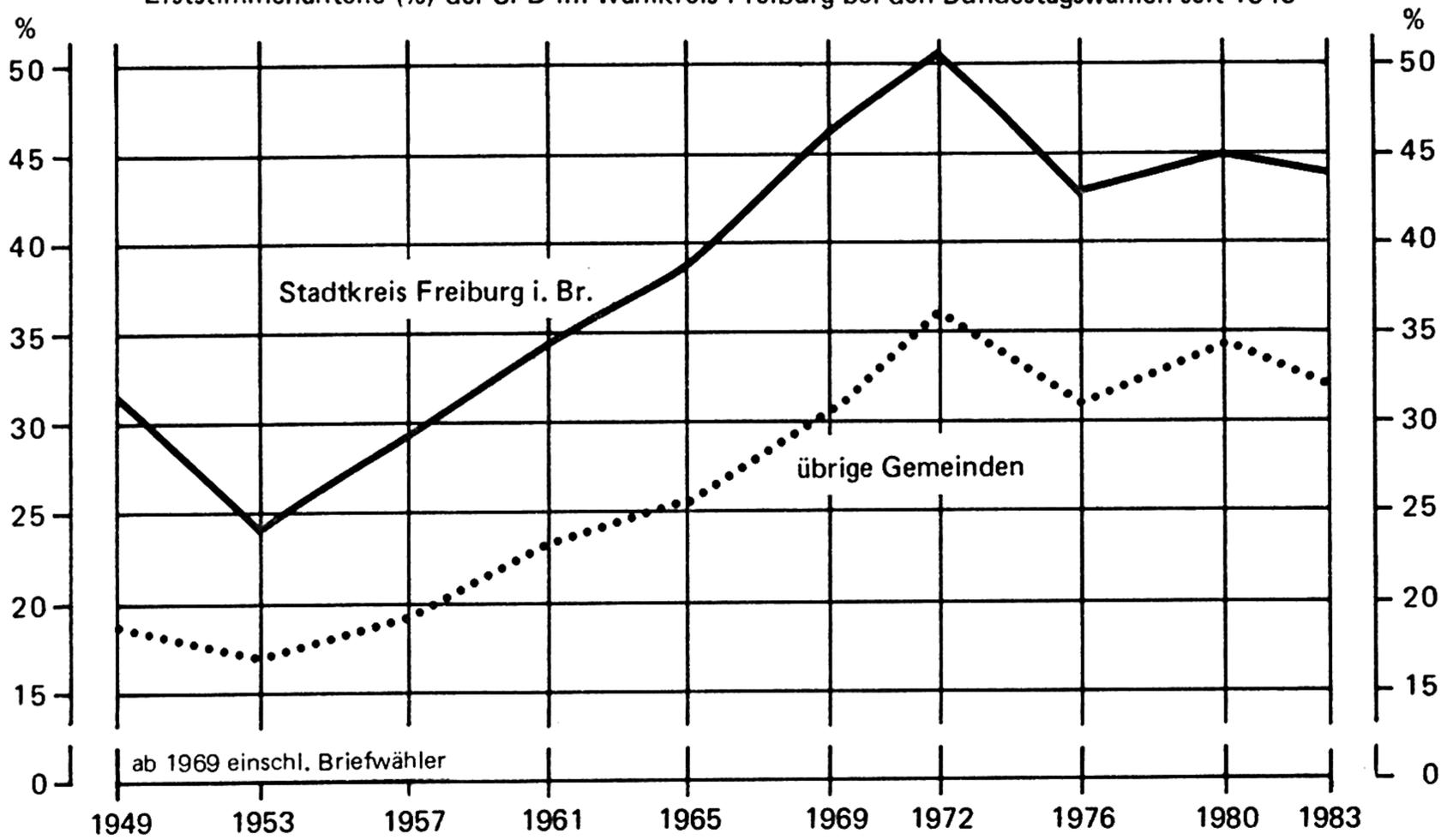
¹⁾ Stadtkreisangaben bis einschl. 1965 ohne Briefwähler.

Wahljahr	Partei	Erststimmen		Zweitstimmen	
		Stadtkreis	Wahlkreis	Stadtkreis	Wahlkreis
1969	CDU	44,7 Dr. Hans Evers	49,3	42,1	47,2
	SPD	46,5 Hörmann	41,4	45,4	40,4
	FDP/DVP	5,2 Dr. Friedrich-Karl Tenge	5,7	7,9	7,9
1972	CDU	42,2 Evers	47,1	40,5	45,6
	SPD	50,9 Dr. Rolf Böhme	45,7	42,7	38,7
	FDP/DVP	6,2 Dr. Manfred Vohrer	6,6	16,0	14,9
1976	CDU	44,3 Evers	48,4	44,0	48,4
	SPD	42,9 Böhme	38,9	42,2	38,3
	FDP/DVP	10,8 Vohrer	10,9	12,2	11,9
1980	CDU	39,8 Dr. Conrad Schroeder	43,5	38,1	42,0
	SPD	45,0 Böhme	41,1	43,3	39,8
	FDP/DVP	10,0 Vohrer	10,6	14,5	14,4
	DIE GRÜNEN	4,7 Peter Wedel	4,4	3,6	3,3
1983	CDU	45,9 Schroeder	50,5	41,4	45,9
	SPD	44,0 Prof. Dr. Jürgen Meyer	39,5	37,3	33,4
	FDP/DVP	2,2 Dr. Horst Rohde	2,6	7,5	8,0
	DIE GRÜNEN	7,0 Hans-Joachim Dörfel	6,7	13,4	12,4

Erststimmenanteile (%) der CDU im Wahlkreis Freiburg bei den Bundestagswahlen seit 1949



Erststimmenanteile (%) der SPD im Wahlkreis Freiburg bei den Bundestagswahlen seit 1949

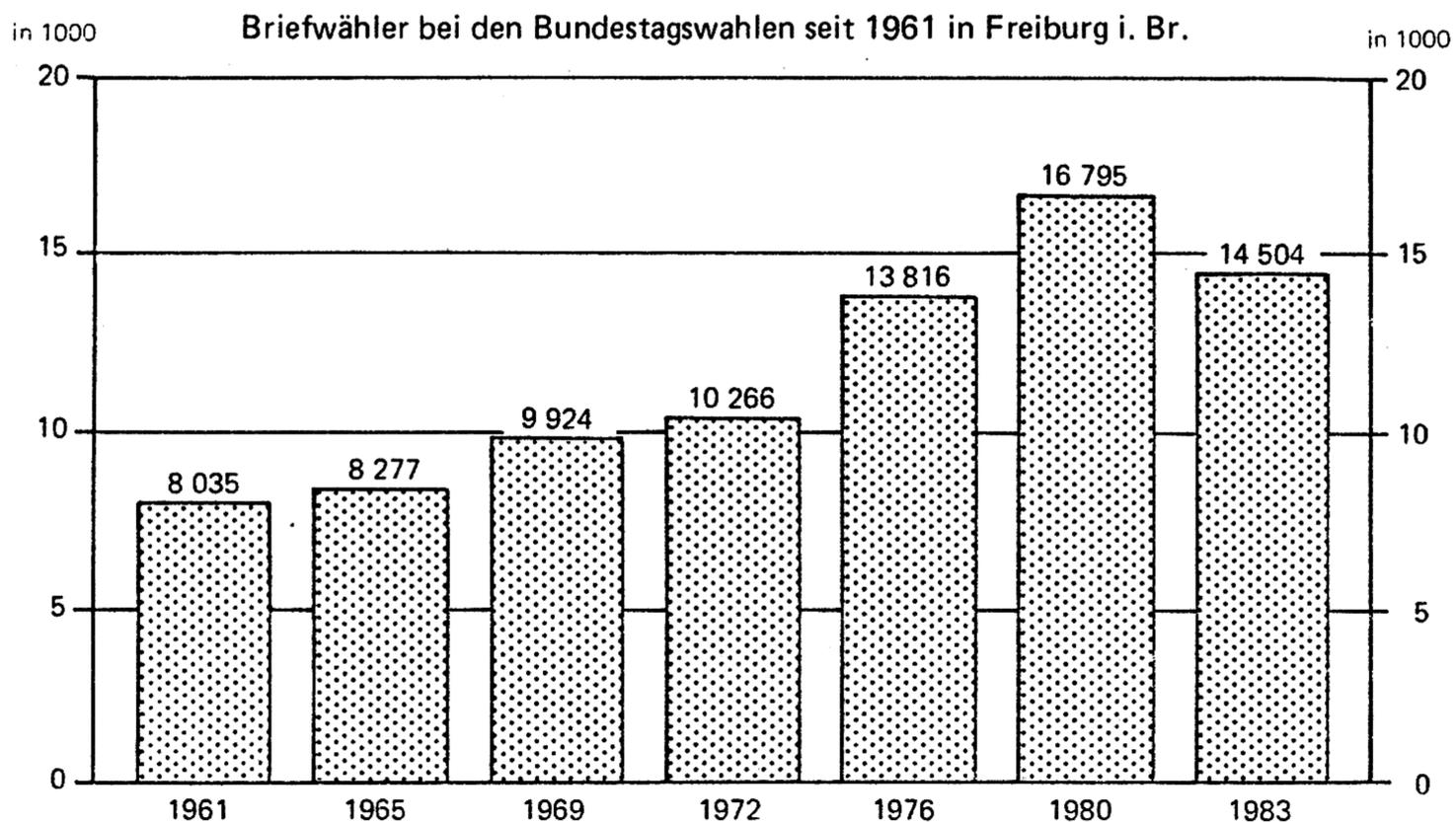


Die Entwicklung der Briefwahl seit 1961

von R. Tressel

Bahnt sich eine Trendumkehr in der Zahl der Briefwähler an?

1957 wurde erstmals die Briefwahl in der Bundesrepublik zugelassen. Danach gab es in Freiburg bis 1980 von Wahl zu Wahl immer mehr Wahlberechtigte, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machten. Lediglich bei der letzten BW'83 ging die Briefwählerquote etwas zurück und es bleibt abzuwarten, ob damit eine Trendwende eingeläutet wurde.



Arbeiter stimmen am wenigsten per Briefwahl ab.

Die Briefwahl wird nicht von allen gleichmäßig in Anspruch genommen. Bezeichnenderweise zählt die hochmobilste Gruppe, die 21- bis 29-jährigen, und die immobilste Gruppe, die über 70jährigen, zu den eifrigsten Briefwählern. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand.

Bundestagswahlergebnisse bei der Urnen- und Briefwahl seit 1961 in Freiburg i. Br. (Zweitstimmenanteil in %)

Partei	Wahlart	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983
CDU	Urnenwahl	42,6	44,7	41,1	39,9	43,1	37,3	41,1
	Briefwahl	52,1	51,8	46,0	45,5	50,0	41,7	43,2
	Differenz	9,5	7,1	4,9	5,6	6,9	4,4	2,1
SPD	Urnenwahl	34,4	38,0	46,7	43,6	43,2	44,5	38,5
	Briefwahl	23,4	28,5	38,4	34,3	36,0	37,4	29,9
	Differenz	- 11,0	- 9,5	- 8,3	- 9,3	- 7,2	- 7,1	- 8,6
FDP/DVP	Urnenwahl	17,1	12,4	7,4	15,6	12,2	14,4	7,2
	Briefwahl	20,2	14,9	10,6	19,3	12,0	14,9	9,7
	Differenz	3,1	2,5	3,2	3,7	- 0,2	0,5	2,5
GRÜNE	Urnenwahl						3,3	12,9
	Briefwahl						5,4	16,6
	Differenz						2,1	3,7

Allerdings ist das Interesse an der Briefwahl nicht nur vom Alter, sondern auch vom sozialen Status abhängig. Generell kann man feststellen, daß die Teilnahme an der Briefwahl mit der beruflichen Qualifikation wächst. Die höchste Briefwahlquote haben die Studenten, gefolgt von den höheren Angestellten, Beamten und freien Akademikern. Deutlich geringer ist die Quote bei den Selbständigen und am geringsten bei den Arbeitern.

Briefwähler in Freiburg i. Br. Bundestagswahl 1983

Briefwähler	nach Altersgruppen												insg.
	18-20	21-24	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49	50-54	55-59	60-64	65-69	70 u.m.	
Von 100 Wählern der jeweiligen Altersgruppe waren Briefwähler	8,4	16,6	19,5	15,1	11,8	10,5	9,8	10,0	10,2	12,2	12,8	19,6	14,0

Dies schlägt sich auch im Stimmenergebnis nieder, das die Parteien aus der Briefwahl erhalten. CDU, FDP und GRÜNE schneiden bei der Briefwahl besser ab als bei der Urnenwahl, bei der SPD ist es genau umgekehrt.

Briefwähler in Freiburg i. Br. Bundestagswahl 1980

Briefwähler	nach Berufs- und Sozialgruppen								Insgesamt
	Arbeiter (ungelernt u. angelernt)	Facharbeiter/Handwerker	Selbst. Gewerbetreibende	Beamte/Angestellte (einfache u. mittlere)	Beamte/Angestellte (gehobene)	Beamte/Angestellte (höhere) u. freie Akad.	Studenten	Sonstige u. ohne Beruf	
Von 100 Wählern der jeweiligen Berufsgruppe waren Briefwähler	6,3	5,8	10,9	13,3	14,2	17,2	23,5	14,6	13,6

A l t e r s s p e z i f i s c h e s W a h l v e r h a l t e n i n F r e i b u r g i . B r .

von Ulrich Eith,

Grundlage dieser Analyse sind die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistiken ab 1972.¹⁾

Um die Spezifika der Freiburger Wahlentscheidungen herauszuarbeiten, erscheint es mir sinnvoll, die hiesigen Wahlergebnisse vor dem bundesrepublikanischen Hintergrund zu beleuchten.

In jeweils getrennten Schritten werden die Ergebnisse der Wahlbeteiligung und der Wahlentscheidung sowie die Zusammensetzung der Parteianhänger auf Unterschiede zwischen den Altersgruppen hin untersucht. Eine ausführliche tabellarische Dokumentation dieser Analyse findet sich im Anhang.

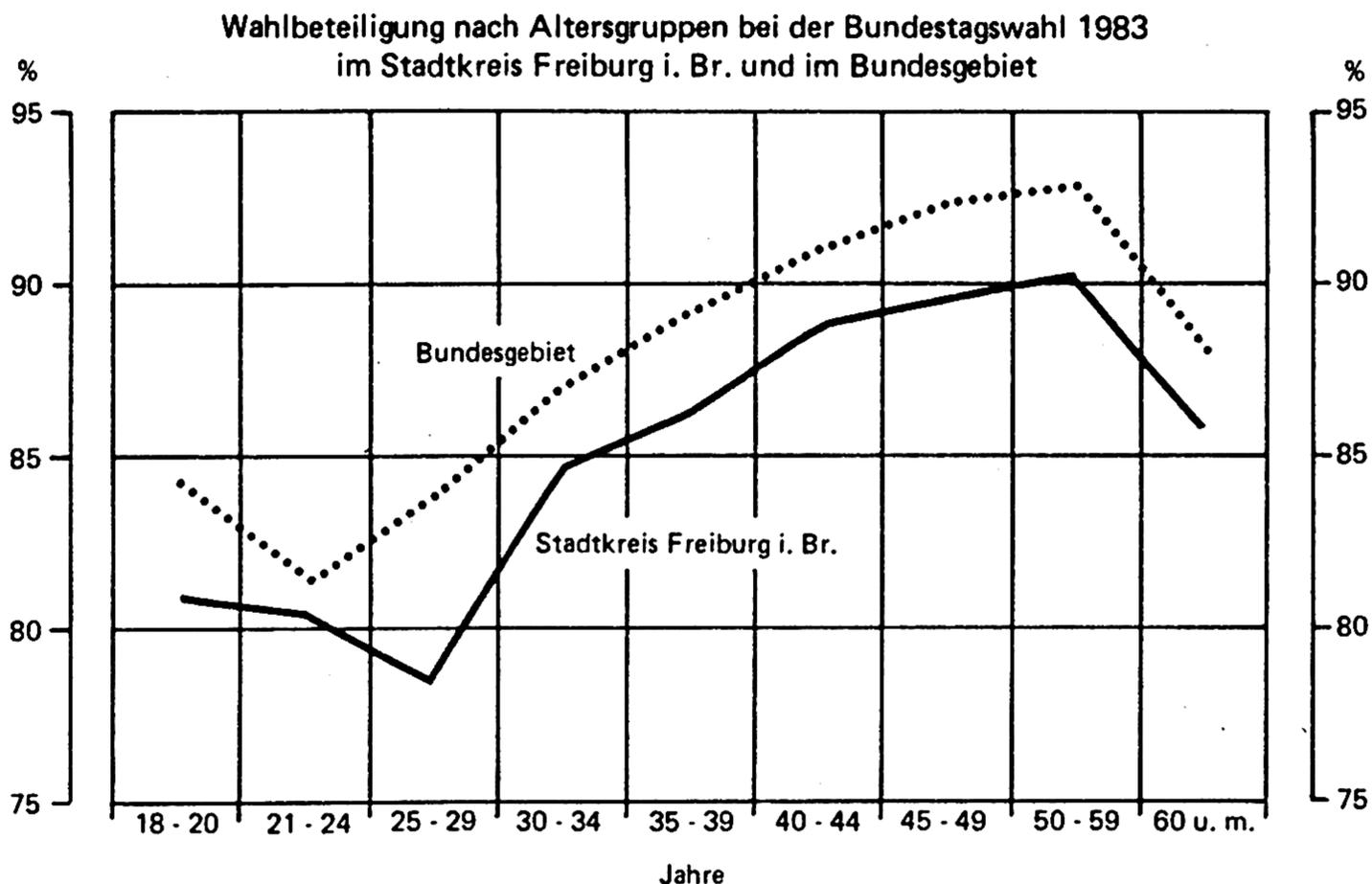
1. D i e W a h l b e t e i l i g u n g

Die bei Bundestagswahlen traditionell hohe Wahlbeteiligungsquote der Bundesrepublik Deutschland ist im Vergleich zu Wahlbeteiligungsquoten anderer Demokratien ein seit langem bekanntes typisch deutsches Phänomen. Auch die Wähler der Stadt Freiburg machen hier keine Ausnahme. Die Freiburger Beteiligungsquoten der letzten Bundestagswahlen liegen konstant nur zwei Prozentpunkte u n t e r dem jeweiligen Bundesdurchschnitt.

Betrachtet man die Wahlbeteiligung in den verschiedenen Altersgruppen, so spiegeln auch hier die Freiburger Ergebnisse im wesentlichen

1) Siehe die entsprechenden Jahrgänge von: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i. Br., Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg im Breisgau. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Statistisches Bundesamt Wiesbaden.

die bundesdeutschen Ergebnisse wider. Diese doch recht exakte Übereinstimmung läßt sich sehr gut an dem Schaubild (Wahlbeteiligung 1983) illustrieren.



Demnach teilt sich die Wählerschaft deutlich in zwei Gruppen.

(1) Wahlberechtigte unter 35 Jahren weisen eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligungsquote auf. Interessant erscheint hierbei, daß jedoch keineswegs die Erstwähler am wahlmüdesten sind.

(2) Wahlberechtigte über 35 Jahren erreichen eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligungsquote: je älter die Wahlberechtigten, desto größer ihr Wahleifer. Erst im hohen Alter von über 60 Jahren flacht die Wahlbeteiligung verständlicherweise wieder ab.¹⁾

Die grundsätzlich unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung junger Menschen hat vermutlich mehrere Ursachen und wird nach wie vor kontrovers diskutiert.²⁾

¹⁾ Es ist jedoch daran zu erinnern, daß die Repräsentativstatistiken nicht die Briefwähler berücksichtigen, die in den hohen Altersgruppen bis zu 20 % der Wähler ausmachen.²⁾ Vgl. hierzu die Diskussion bei: W. Noeske: Junge und alte Wähler. Unterschiede im Wahlverhalten anhand städtischer Wahlstatistiken in: Verband Deutscher Städtestatistiker (Ausschuß Wahlforschung), Beiträge zur kommunalen Wahlforschung, Arbeitsheft 5, Duisburg 1985, S. 30/32.

Im wesentlichen gibt es drei Gesichtspunkte.

(1) Entwicklungspsychologisch fallen die ersten Wahlentscheidungen mit dem Loslösen vom Elternhaus, dem Suchen nach der eigenen Identität zusammen. Die Ablehnung bestehender Autoritäten, das Infragestellen der "Erwachsenenwelt" läßt sich möglicherweise oft nicht mit der aktiven Entscheidung für eine politische Partei, die ja letztlich genau diese Autoritäten verkörpert, verbinden. Mit zunehmender persönlicher Reife, nicht zuletzt auch durch die Sozialisation im Berufsleben, löst sich das verkrampfte Verhältnis zur Politik.

(2) Die besonders im Jugendbereich verbreiteten ethisch idealistischen Politikvorstellungen stehen im Gegensatz zur herrschenden Politik, die dem Materialismus der Erwachsenenwelt entspricht. Das geringe Wahlbeteiligungsniveau der Jungwähler zeigt demnach ihre Distanz zu dieser Politik. Allerdings konnte das Auftreten der GRÜNEN, einer doch wohl eher postmaterialistisch orientierten Partei, die Bereitschaft der Jungwähler zur Urne zu gehen, nicht gravierend steigern.

(3) Die hohe Mobilität der jungen Menschen ist unübersehbar. Oft wird trotz Ausbildung, Bundeswehr oder längeren Auslandsaufenthalten der elterliche Wohnsitz beibehalten. Hinzu kommt noch die hohe Inanspruchnahme durch die eigene Ausbildung, die oft persönliche oder kulturelle Interessen zurückstehen läßt. Das umständliche Verfahren der Briefwahl nutzen dann nur wirklich politisch Interessierte.

Die Freiburger Ergebnisse weisen jedoch noch eine Besonderheit auf. Die Wahlbeteiligung der 25 - 29jährigen ist ungewöhnlich niedrig. Möglicherweise ist gerade dies mit dem hohen Studentenanteil in Freiburg erklärbar.

Erklärungsbedürftig erscheint mir auch noch die Situation der Erstwähler. Seit den 50er Jahren ist durch die Repräsentativstatistiken bekannt, daß Erstwähler das niedrigste Wahlbeteiligungsniveau aufweisen. Die Senkung des Wahlalters auf 18 Jahre (1970) ergab dann, daß fortan Erstwähler eine leicht höhere Quote erreichten als die jeweiligen Zweitwähler. Dies ist wohl im wesentlichen darauf

zurückzuführen, daß die 18 - 21jährigen noch relativ starke Bindungen zu ihren Eltern haben und sich somit nur schlecht ihrer "Wahlpflicht" beim ersten Mal entziehen können.

2. Das Wahlverhalten verschiedener Altersgruppen

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen 1983 unterscheiden sich deutlich von denen vorhergehender Wahlen. Ein drastischer Zuwachs der GRÜNEN und deutliche Erfolge der CDU, gekoppelt mit großen bzw. mäßigen Verlusten der FDP und der SPD sind quer über alle Altersgruppen hinweg feststellbar. Die Gewinne der CDU dürfen hierbei allerdings nicht aus der '80er-Wahl, der "Anti-Strauß"-Wahl, abgeleitet werden. Als Vergleich empfiehlt sich die '76er-Wahl. Es zeigt sich, daß die CDU bundesweit vor allem bei den Erstwählern und den über 35jährigen zulegen konnte.

Wahlverhalten der verschiedenen Altersgruppen 1976 und 1983
in Freiburg i. Br. und in der Bundesrepublik

1976

Partei	Freiburg i. Br.						Bundesrepublik Deutschland					
	von 100 abgegebenen Zweitstimmen der Altersgruppe ... entfielen auf ...											
	18-24	25-34	35-44	45-59	60 u. m.	insg.	18-24	25-34	35-44	45-59	60 u. m.	insg.
CDU	28,3	29,6	47,0	48,3	48,9	43,4	40,2	43,7	49,5	49,2	51,9	48,0
SPD	54,7	52,7	38,1	40,8	41,1	43,7	49,8	44,9	41,1	42,4	42,0	43,3
F.D.P.	12,6	15,4	13,9	10,3	9,1	11,5	8,5	10,5	8,9	7,5	5,4	7,8
GRÜNE (1980)	8,5	7,4	2,5	2,1	0,6	3,3	4,8	2,4	0,9	0,6	0,4	1,4

1983

Partei	Freiburg i. Br.						Bundesrepublik Deutschland					
	von 100 abgegebenen Zweitstimmen der Altersgruppe ... entfielen auf ...											
	18-24	25-34	35-44	45-59	60 u. m.	insg.	18-24	25-34	35-44	45-59	60 u. m.	insg.
CDU	28,9	25,3	39,2	45,0	51,2	40,9	41,2	43,0	50,6	50,3	52,6	48,5
SPD	39,0	40,0	38,7	38,8	38,1	38,8	39,0	39,4	36,0	39,6	39,8	38,9
F.D.P.	6,0	6,5	9,2	9,6	7,0	7,8	5,3	6,3	8,6	7,3	5,9	6,7
GRÜNE	26,0	27,6	12,6	6,3	3,4	12,2	13,9	10,8	4,4	2,4	1,2	5,3

Der bundesweite Aufwärtstrend der CDU ist in Freiburg nur rudimentär erkennbar. Vor allem die großen Erfolge der GRÜNEN haben hier die bisher doch konstanten Mehrheitsverhältnisse gekippt.

Bei den u n t e r 3 5 j ä h r i g e n konnte die SPD bisher immer die 50%-Marke überschreiten, während sich CDU deutlich unter 30 % und FDP um 15 % bewegten. 1983 mußte sich die SPD mit 40 %, die FDP sogar nur mit 6 % der Stimmen zufrieden geben. Die restlichen 54 % teilten sich gleichmäßig CDU und GRÜNE.

Nicht ganz so turbulent geht es in den o b e r e n A l t e r s - k l a s s e n zu. Bei den 45-59jährigen konnten die GRÜNEN deutlich auf Kosten der anderen Parteien zulegen, bei den über 60jährigen erzielte die CDU sogar über 50 %. Leichte Verluste von SPD und FDP runden hier das Bild vollends ab.

Schauen wir über den Tellerrand der '83er-Wahl hinaus, so sind folgende Zusammenhänge erkennbar:

(1) Die verschiedenen Wahlergebnisse der 18-24jährigen unterliegen großen Schwankungen. Je älter die Wähler werden, desto stabiler sind die Ergebnisse von einer Wahl zur nächsten (Verfestigungsthese).

(2) Jungwähler unter 35 Jahren stimmen überdurchschnittlich für die SPD oder die GRÜNEN. Besonders in Freiburg ist dieses Wahlverhalten sehr stark ausgeprägt. In den 70er Jahren lagen die SPD und GRÜNE gemeinsam etwa bei 65 % der Jungwählerstimmen.

(3) Mit dem zunehmenden Alter der Wähler wird die CDU immer häufiger gewählt. Sogar Ergebnisse über 50 % sind bei älteren Wählern durchaus möglich.

(4) Bei der FDP sind keine markanten Unterschiede im Wahlverhalten der jüngeren oder älteren Wähler feststellbar.

Es erscheint mir in diesem Zusammenhang wichtig, auf die bedeutende Rolle der Jungwähler (bis 35 Jahre) hinzuweisen. Obwohl sie zahlenmäßig nur etwa ein Drittel der Wahlbevölkerung ausmachen, bilden sie

das entscheidende Reservoir für die Parteien, um Veränderungen herbeizuführen.

Die in ihrer Stimmabgabe oft noch nicht parteipolitisch fixierten jungen Wähler reagieren direkt auf politische Stimmungen und Trends, während die Senioren von Wahl zu Wahl nahezu das gleiche Ergebnis reproduzieren. Die Bereitschaft, sich politisch umzuorientieren, nimmt mit zunehmendem Alter deutlich ab.¹⁾

3. Die Altersstruktur der jeweiligen Parteianhänger

Die Ergebnisse der Repräsentativstatistiken erlauben einen Einblick in die Altersstruktur der Wählerschaften verschiedener Parteien. Auch hier, das sei schon vorweggenommen, liegt Freiburg erstaunlich gut im bundesrepublikanischen Trend.

Die Wähler der einzelnen Parteien (in%) nach Altersgruppen in Freiburg i. Br. und in der Bundesrepublik 1983

Altersgruppe	Freiburg i. Br.					Bundesrepublik Deutschland				
	Von 100 Wählern untenstehender Partei gehören zur Altersgruppe ...									
	Gültige Stimmen	CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	Gültige Stimmen	CDU ¹⁾	SPD	F.D.P.	GRÜNE
18 - 24	11,5	7,9	11,3	8,6	24,0	12,7	10,5	12,7	10,0	33,1
25 - 34	17,9	10,2	17,1	13,8	37,5	16,9	14,6	17,1	15,7	34,3
35 - 44	16,4	16,2	16,8	20,0	17,5	17,7	18,5	16,4	22,5	14,6
45 - 59	22,5	26,1	23,8	29,3	12,3	26,3	27,5	26,8	28,6	11,9
60 u. m.	31,7	39,6	31,0	28,3	8,7	26,4	29,0	27,0	23,3	6,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Ohne CSU

Vergleicht man die Altersstrukturen der SPD-Wähler und der Gesamtwählerschaft (gültige Stimmen) ab 1972, so zeigt sich eine deutliche Entwicklung der SPD bezüglich des Kriteriums "Altersstruktur der Wählerschaft" hin zur Volkspartei. Dieser Trend ist sowohl in Freiburg als auch auf Bundesebene festzustellen.

¹⁾ Vgl.: J. Hofmann-Göttig, Die jungen Wähler, Frankfurt 1984, besonders S. 133 - 145.

1972 waren in der Wählerschaft der SPD die Altersgruppen bis 45 Jahre leicht überrepräsentiert. Dies hat sich bis 1983 allmählich abgeschliffen, so daß die Altersstrukturen der SPD-Wähler und der Gesamtwähler (gültige Stimmen) 1983 als nahezu identisch bezeichnet werden können.

Anders sieht es hingegen bei der CDU aus. Die Freiburger Wahlergebnisse ab 1972 zeigen konstant eine starke Unterrepräsentanz vor allem der beiden unteren Altersgruppen. Während die CDU-Erstwähler (18-24-jährige) durchschnittlich etwa 5 Prozentpunkte weniger erreichen als ihre Altersklasse in der Gesamtwählerschaft, wächst die Differenz bei der nächstälteren Gruppe (25-34jährige) bis auf 8 Prozentpunkte an. Erst die Wahlen 1983 haben diesen Abwärtstrend gestoppt und weisen für die CDU erstmals auch bei jungen Wählern wieder etwas freundlichere Zahlen auf.

Dementsprechend ist es nicht erstaunlich, daß die über 45jährigen Wähler in Freiburg bei der CDU stark überrepräsentiert sind. Die über 60jährigen stellen 1983 sogar nahezu 40 % der gesamten CDU-Wählerschaft in Freiburg, mit einem Überschuß im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtwählerschaft von 9 Prozentpunkten.

In der gesamten Bundesrepublik verfügt die CDU über eine etwas ausgeglichene Wählerschaft. Allerdings sind die für Freiburg konstatierten Altersschwerpunkte auch bundesweit auszumachen.

Die FDP nun hebt sich in Freiburg bezüglich der Altersstruktur ihrer Wähler nicht vom Bundestrend ab. Zwischen 1972 und 1980 waren die 25-45jährigen deutlich überrepräsentiert. Durch die starken Einbußen im Wählerstamm der 18-35jährigen 1983 gewinnt die Altersgruppe der 35-60jährigen einen überdurchschnittlichen Anteil. Sie sind im Vergleich zur Gesamtwählerschaft überrepräsentiert.

Die GRÜNEN sind letztendlich eindeutig noch eine Partei der Jugend, werden aber zusehends auch bei den älteren Wählern attraktiv. Bundesweit sind jedoch 1983 noch 70 % der Wähler unter 35 Jahre. In Freiburg scheint die Entwicklung der GRÜNEN schon weiter vorangekommen zu sein. Selbst die 35-44jährigen sind unter den Wählern der GRÜNEN

noch überrepräsentiert. Die Sozialstruktur Freiburgs erweist sich für die GRÜNEN als außerordentlich günstig, da hier die 25-35jährigen, also nicht nur die Studenten, den "Löwenanteil" der grünen Wähler stellen.

4. F a z i t

Das altersspezifische Wahlverhalten der Freiburger unterscheidet sich nicht gravierend von dem der bundesrepublikanischen Wählerschaft.

Mit Ausnahme des besseren Abschneidens bei der Freiburger Jugend bis zum Auftreten der GRÜNEN gleichen sich die SPD-Ergebnisse von Freiburg und der gesamten Bundesrepublik in den verschiedenen Altersgruppen sehr stark. Die Freiburger CDU erreicht bei den Jungwählern deutlich, bei den übrigen Altersgruppen leicht niedrigere Ergebnisse als im jeweiligen Bundesdurchschnitt. Die FDP liegt allgemein knapp, die GRÜNEN vor allem bei jüngeren Wählern stark über den jeweils im Bund erzielten Ergebnissen.

Wer hieraus ein besonderes Wahlverhalten der Freiburger Jungwähler herauslesen möchte, überinterpretiert meiner Meinung nach die Befunde. Sämtliche bundesweit geltenden Zusammenhänge zwischen Wahlverhalten und Altersstruktur sind auch in Freiburg erkennbar - teilweise sind sie lediglich deutlicher ausgeprägt.

Wahlbeteiligung und Wahlberechtigte nach Altersgruppen bei den Bundestagswahlen 1976, 1980 und 1983
in Freiburg i. Br. und in der Bundesrepublik

Alters- gruppe	Gebiet *)	Wahlbeteiligung (%)						Wahlberechtigte (%)					
		1976		1980		1983		Bundesrepublik Deutschland		Freiburg i. Br.			
		Differenz (% Punkte)	1976	1980	1983	1980	1983						
18 - 20	BRD	84,1	3,9	80,4	2,9	84,3	3,3	3,4	5,5	6,2	5,2	5,1	4,0
	FR	80,2		77,5		81,0							
21 - 24	BRD	82,9	2,8	78,9	3,4	81,5	0,9	2,4	7,1	7,7	8,3	7,4	7,5
	FR	80,1		75,5		80,6							
25 - 29	BRD	86,5	3,1	82,2	3,4	83,8	5,3	3,9	8,8	8,6	8,9	8,9	9,4
	FR	83,4		78,8		78,5							
30 - 34	BRD	89,2	3,5	86,2	5,1	87,0	2,1	3,6	8,1	8,3	8,5	8,1	8,5
	FR	85,7		81,1		84,9							
35 - 39	BRD	91,5	2,4	88,6	4,0	89,3	3,1	3,2	11,3	8,5	7,5	8,3	7,4
	FR	89,1		84,6		86,2							
40 - 44	BRD	92,7	1,8	90,3	2,2	91,1	2,3	2,1	9,3	10,7	9,8	9,4	9,0
	FR	90,9		88,1		88,8							
45 - 49	BRD	93,6	2,1	91,2	2,5	92,2	2,8	2,5	8,8	8,6	9,8	6,8	8,3
	FR	91,5		88,7		89,4							
50 - 59	BRD	93,8	1,5	92,3	0,8	92,7	2,3	1,6	14,8	16,0	15,5	15,3	14,2
	FR	92,3		91,5		90,4							
60 u. m.	BRD	91,1	1,7	88,8	-1,6	88,3	2,5	0,9	26,3	25,5	26,6	30,7	31,7
	FR	89,4		90,4		85,8							
Insg.	BRD	90,4	2,1	87,6	2,0	88,4	2,2	2,1	100	100	100	100	100
	FR	88,3		85,6		86,2							

*) BRD = Bundesrepublik Deutschland; FR = Freiburg i. Br.

Wahlverhalten der verschiedenen Altersgruppen bei den Bundestagswahlen 1972, 1976, 1980 und 1983
in Freiburg i. Br. und in der Bundesrepublik

Wahljahr Partei	Freiburg i. Br.							Bundesrepublik Deutschland																
	Von 100 abgegebenen Zweitstimmen der Altersgruppe ... entfielen auf ...							Von 100 abgegebenen Zweitstimmen der Altersgruppe ... entfielen auf ...																
	18 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 59	60 u. m.	insg.	18 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 59	60 u. m.	insg.												
1972																								
CDU	24,2	34,3	34,9	42,6	47,6	39,1	35,3	41,2	42,6	46,4	50,6	44,6												
SPD	58,0	44,7	47,4	42,1	38,8	44,3	54,7	47,8	47,9	44,2	42,2	46,3												
F.D.P.	16,5	20,0	16,5	14,1	13,1	15,6	9,1	10,3	8,6	8,2	6,1	8,2												
1976																								
CDU	28,3	29,6	47,0	48,3	48,9	43,4	40,2	43,7	49,5	49,2	51,9	48,0												
SPD	54,7	52,7	38,1	40,8	41,1	43,7	49,8	44,9	41,1	42,4	42,0	43,3												
F.D.P.	12,6	15,4	13,9	10,3	9,1	11,5	8,5	10,5	8,9	7,5	5,4	7,8												
1980																								
CDU	20,7	21,7	36,7	42,6	47,8	37,3	34,4	36,6	45,2	46,6	49,8	44,0												
SPD	54,2	52,1	41,4	41,3	40,0	44,1	48,9	47,1	40,5	42,4	42,1	43,5												
F.D.P.	15,7	18,3	19,1	13,8	11,2	14,9	11,4	13,3	13,1	9,9	7,4	10,6												
GRÜNE	8,5	7,4	2,5	2,1	0,6	3,3	4,8	2,4	0,9	0,6	0,4	1,4												
1983																								
CDU	28,9	25,3	39,2	45,0	51,2	40,9	41,2	43,0	50,6	50,3	52,6	48,5												
SPD	39,0	40,0	38,7	38,8	38,1	38,8	39,0	39,4	36,0	39,6	39,8	38,9												
F.D.P.	6,0	6,5	9,2	9,6	7,0	7,8	5,3	6,3	8,6	7,3	5,9	6,7												
GRÜNE	26,0	27,6	12,6	6,3	3,4	12,2	13,9	10,8	4,4	2,4	1,2	5,3												

Die Wähler der einzelnen Parteien nach Altersgruppen bei den Bundestagswahlen 1972, 1976, 1980 und 1983
in Freiburg i. Br. und in der Bundesrepublik

Wahljahr	Altersgruppe	Freiburg i. Br.						Bundesrepublik Deutschland					
		Von 100 Wählern untenstehender Parteien gehören zur Altersgruppe ...											
		Gültige Stimmen	CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	Gültige Stimmen	CDU ¹⁾	SPD	F.D.P.	GRÜNE		
1972	18 - 24	11,4	7,0	14,9	12,0		11,5	8,6	13,5	12,6			
	25 - 34	19,3	16,9	19,5	24,8		18,4	16,9	19,1	23,1			
	35 - 44	16,9	15,1	18,1	17,9		19,6	18,5	20,3	20,5			
	45 - 59	21,8	23,7	20,7	19,6		23,9	25,0	22,8	23,9			
	60 u. m.	30,6	37,3	26,8	25,7		26,6	30,9	24,3	19,9			
1976	18 - 24	10,3	6,7	12,9	11,4		11,7	9,4	13,4	12,7			
	25 - 34	15,4	10,5	18,6	20,6		16,5	14,8	17,0	22,1			
	35 - 44	16,3	17,7	14,2	19,7		20,3	21,7	19,9	23,6			
	45 - 59	24,3	27,1	22,7	21,8		24,4	25,3	24,0	23,4			
	60 u. m.	33,7	38,0	31,6	26,5		26,5	28,8	25,7	18,2			
1980	18 - 24	12,5	6,2	13,8	11,8	29,0	12,7	9,4	14,3	13,6	43,3		
	25 - 34	17,0	9,1	18,5	19,2	35,5	16,2	12,8	17,5	20,3	27,2		
	35 - 44	17,7	18,6	17,8	24,2	14,3	19,7	20,4	18,3	24,3	12,1		
	45 - 59	22,1	27,1	22,3	22,0	15,5	25,7	27,7	25,1	24,0	11,0		
	60 u. m.	30,7	39,0	27,6	22,8	5,7	25,7	29,7	24,8	17,8	6,5		
1983	18 - 24	11,5	7,9	11,3	8,6	24,0	12,7	10,5	12,7	10,0	33,1		
	25 - 34	17,9	10,2	17,1	13,8	37,5	16,9	14,6	17,1	15,7	34,3		
	35 - 44	16,4	16,2	16,8	20,0	17,5	17,7	18,5	16,4	22,5	14,6		
	45 - 59	22,5	26,1	23,8	29,3	12,3	26,3	27,5	26,8	28,6	11,9		
	60 u. m.	31,7	39,6	31,0	28,3	8,7	26,4	29,0	27,0	23,3	6,1		

1) ohne CSU

W ä h l e n F r a u e n a n d e r s a l s M ä n n e r ?

von Ulrike Ernst-Diederichs

1. D i e B e d e u t u n g d e r F r a u a l s W ä h l e r i n

Das Thema "Frau und Politik" ist in den letzten Jahren vermehrt ins Blickfeld aller Parteien gerückt. Die Regierungskoalition richtet ein Frauenministerium ein, bringt ein Erziehungsgeldgesetz im Bundestag ein und propagiert neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau.

Die SPD kämpft für Frauenförderungspläne, Gleichstellungsstellen und Quotenregelungen bei der Einstellung von Frauen im öffentlichen Dienst und der Besetzung politischer Mandate.

Die GRÜNEN vertreten dies noch vehementer, stellen Frauen wie keine andere Partei in politische Führungspositionen ein und hätten fast an ihrer Forderung nach einem hessischen Frauenministerium die dortige Regierungsbeteiligung scheitern lassen.

Diesem Bemühen um die "Frau" liegen jedoch nicht allein gewandelte Wertvorstellungen zugrunde, sondern in erster Linie handfeste Pragmatik: denn die Frauen stellen im Durchschnitt mit 53 % - 54 % den größten Anteil der Wahlberechtigten und mit 53,1 % auch die Mehrheit der Wähler auf Bundesebene dar. In der Stadt Freiburg liegt ihr Anteil an den Wahlberechtigten seit langem - aufgrund der besonderen soziodemographischen Bedingungen in der Stadt - sogar um 57 %, mit nur sehr geringfügigen Schwankungen.

Die Frauen haben damit also zumindest theoretisch die Macht, mit ihrem Stimmzettel den Ausschlag zu geben.

Dabei besteht die Möglichkeit für diese größte Bevölkerungsgruppe, an den politischen Wahlen teilzunehmen, erst seit knapp 70 Jahren. Drei

Tage nach Abdankung von Kaiser Wilhelm II. wurde das entsprechende Staatsdekret zur Einführung des Frauenwahlrechts am 12.11.1918 vom Rat der Volksbeauftragten vorgelegt. Bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung am 19.01.1919 bekamen die Frauen somit zum ersten Mal die Chance, über die politischen Geschicke mitzuentcheiden. Sie nutzten diese Möglichkeit in ganz erstaunlichem Maße, nämlich zu 82,3 %, und lagen damit nur 0,1 Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung der Männer. Die jüngsten bis 25jährigen Frauen überrundeten die Männer ihrer Altersgruppe sogar noch um 10 Prozentpunkte. Ein Fakt, der sicher nur zum Teil durch die Kriegsfolgen erklärbar ist.

Doch wie sah das konkrete Abstimmungsverhalten der Frauen aus?

Etwas polemisch läßt sich konstatieren, daß das Frauenwahlrecht, damals von den Linken gegen die Rechten erkämpft, die Sozialdemokraten die Mehrheit in der Nationalversammlung kostete und zur Stützung der politischen Rechten führte. Denn die Frauen wählten eindeutig konservativ. Die DNVP und das Zentrum wurden sogar zu 20 % mehr von Frauen gewählt als von Männern, wohingegen SPD/USPD ein Defizit von Frauenstimmen bis zu 18 Prozentpunkten verzeichnen mußten.

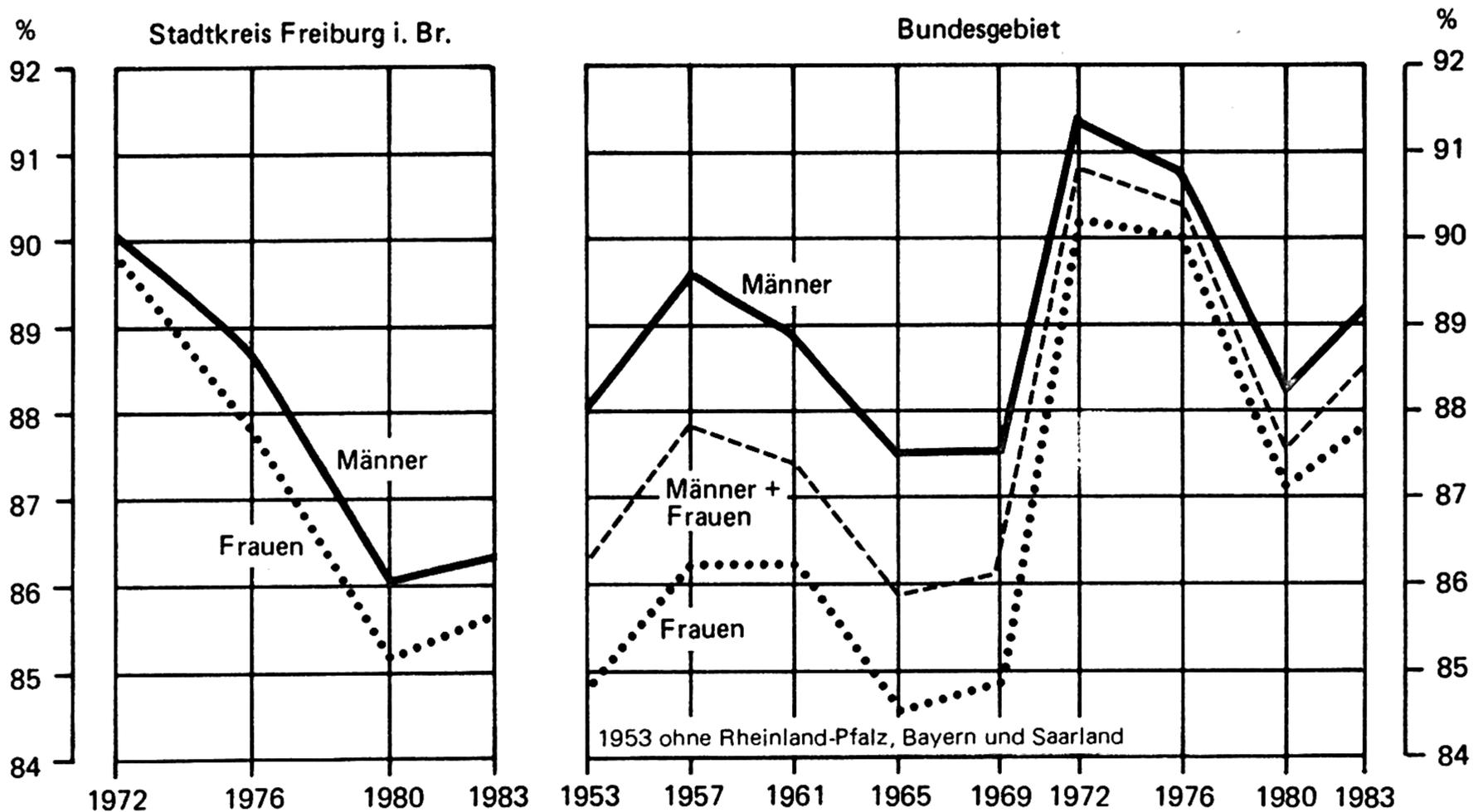
Dieses Grundmuster geschlechtsspezifischer Parteipräferenzen läßt sich durch die Weimarer Zeit weiterverfolgen, in der die Frauen weiterhin klerikale, rechte Parteien bevorzugten und radikale, wie z. B. die KPD, als reine Männerparteien beließen. In dieser Zeitspanne erreichte auch die Wahlbeteiligung nie mehr den Höchststand von 1919. Sie blieb gut 10 Prozentpunkte darunter, wobei die Frauen wiederum durchschnittlich zu fast 10 % seltener zur Wahlurne gingen als die Männer.

In der folgenden Zeit ab 1930 fällt in bezug auf die NSDAP zunächst eine geschlechtsunspezifische Zurückhaltung besonders in vorwiegend katholischen Gebieten auf, die aber nachläßt. In vorwiegend protestantischen Regionen liegt der Frauenanteil an NSDAP-Wählern deutlich über dem der Männer, obwohl die NSDAP ihre ablehnende Haltung gegenüber Frauen in der Politik ausreichend deutlich vertrat. Insgesamt gesehen erfolgte der weibliche Zuspruch zum Nationalsozialismus erst mit zeitlicher Verzögerung dem der Männer.

2. Die Wahlbeteiligung der Frauen bei den Bundestagswahlen

Wie entwickelt sich nun die in Weimar begonnene Tendenz der Frauen, konservative Parteien zu bevorzugen, bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag ab 1953?

Wahlbeteiligung von Männern und Frauen bei den Bundestagswahlen (ohne Briefwähler)



Die beiden Graphiken zur geschlechtsspezifischen Wahlbeteiligung und zum unterschiedlichen Abstimmungsverhalten von Männern und Frauen machen im Überblick folgendes deutlich:

Die Wahlbeteiligung pendelt sich auf einen insgesamt höheren Level als in Weimar ein. Die über die Zeit hinweg abnehmende geschlechtsspezifische Differenz der Wahlbeteiligung läßt sich zum einen durch einen jahrelang andauernden Bewußtseinswandel, wonach das Wahlrecht für die Frauen genauso wie für Männer zur selbstverständlichen staatsbürgerlichen Verpflichtung wird, erklären, und zum anderen durch das zunehmende Bildungsniveau vornehmlich jüngerer Frauen, dem damit korrelierenden stärkeren Interesse für Politik und ihren vermehrten außerhäuslichen Beschäftigungs- und Kommunikationsmöglichkeiten.

Dieser Prozeß verläuft allerdings im Süden der Bundesrepublik, speziell in Baden-Württemberg (bei BW'83, Wählerdifferenz Frauen/Männer: 2,4 %), langsamer als im Norden und dort besonders in den Stadtstaaten (HH - 0,1 %, HB + 0,4 %).

Eine Angleichung der Wahlaktivitäten der Frauen an die Männer, wie sie sich bei der Erstlingswahl 1919 fand, wird bundesweit erst wieder 1972 erreicht, als erstmals das Wahlalter auf 18 Jahre herabgesetzt wurde und als zusätzlich zu den Sachfragen hochemotionalisierte Entscheidungen getroffen werden mußten.

Für diese Entwicklung bei den Frauen sind nur z. T. die Jungwählerinnen verantwortlich, die 1972 nach INFAS-Berechnungen allerdings dem aktivsten Erstwählerjahrgang seit Bestehen der BRD angehörten. Vielmehr ist der Sprung in der Angleichung der Wahlbeteiligung zwischen Männern und Frauen vor allem der rückläufigen Tendenz zur Wahlabstinenz älterer Frauen zu verdanken. Bei der Generation der über 60jährigen schwinden die Frauendefizite bei dieser Wahl auf einmal von über 10 % auf - je nach Region - 5 bis 7 %. Nach INFAS-Wanderungsberechnungen waren zwei Drittel der ehemaligen Nichtwähler/innen Frauen - vor allem ältere.

Für Freiburg läßt sich diese Tendenz bestätigen, denn hier kamen 1972 schon 31 % aller abgegebenen Stimmen von über 60jährigen, einer Gruppe, in der Frauen anteilmäßig deutlich dominieren.

Die nach 1972 auf globaler Ebene weiterhin einsetzende Angleichung der geschlechtsspezifischen Wahlbeteiligung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß nicht, wie man annehmen sollte, dieser weitergehende Differenzrückgang von den weiblichen Jungwählern getragen, sondern eher konterkariert wird. Ab 1976 finden sich auf Bundesebene immerhin Unterschiede zu den (jungen) Männern von im Durchschnitt 2 Prozentpunkten. Bei der Bundesstatistik macht sich dies ab 1980 wieder in zunehmenden Differenzen bemerkbar. Für Freiburg verläuft dieser Trend jedoch genau umgekehrt: Hier liegen seit 1976 die weiblichen Jungwähler immer um ein paar Zehntel Prozentpunkte vor den gleichaltrigen Männern, wahrscheinlich wegen des hohen Studentinnenanteils. Größtes Wahlinteresse zeigen in Freiburg - wie bundesweit - die Männer zwi-

schen 50 und 60 Jahren (95,7 % BW'76) und die knapp 10 Jahre jüngeren Frauen (91,9 %), wobei die steigende Tendenz schon ab Mitte 30 beginnt, im Alter über 60 Jahre dann jedoch bei Frauen erheblich stärker absinkt als bei den Männern. Die geringsten Wahlbeteiligungsquoten zeigen die Erstwähler/innen. Über den Grund der im Laufe der Zeit noch sinkenden Wahlbeteiligung speziell weiblicher Jungwähler lassen sich nur Mutmaßungen anstellen:

Sind sie eher unpolitisch, haben sie größere Identifikationsschwierigkeiten mit Parteien, oder sind sie eher resignierend, unzufrieden mit dem Politikbetrieb, oder werden sie durch ihr oftmals früheres Verlassen der Familie in den staatsbürgerlichen Pflichtgang zur Wahlurne weniger eingebunden?

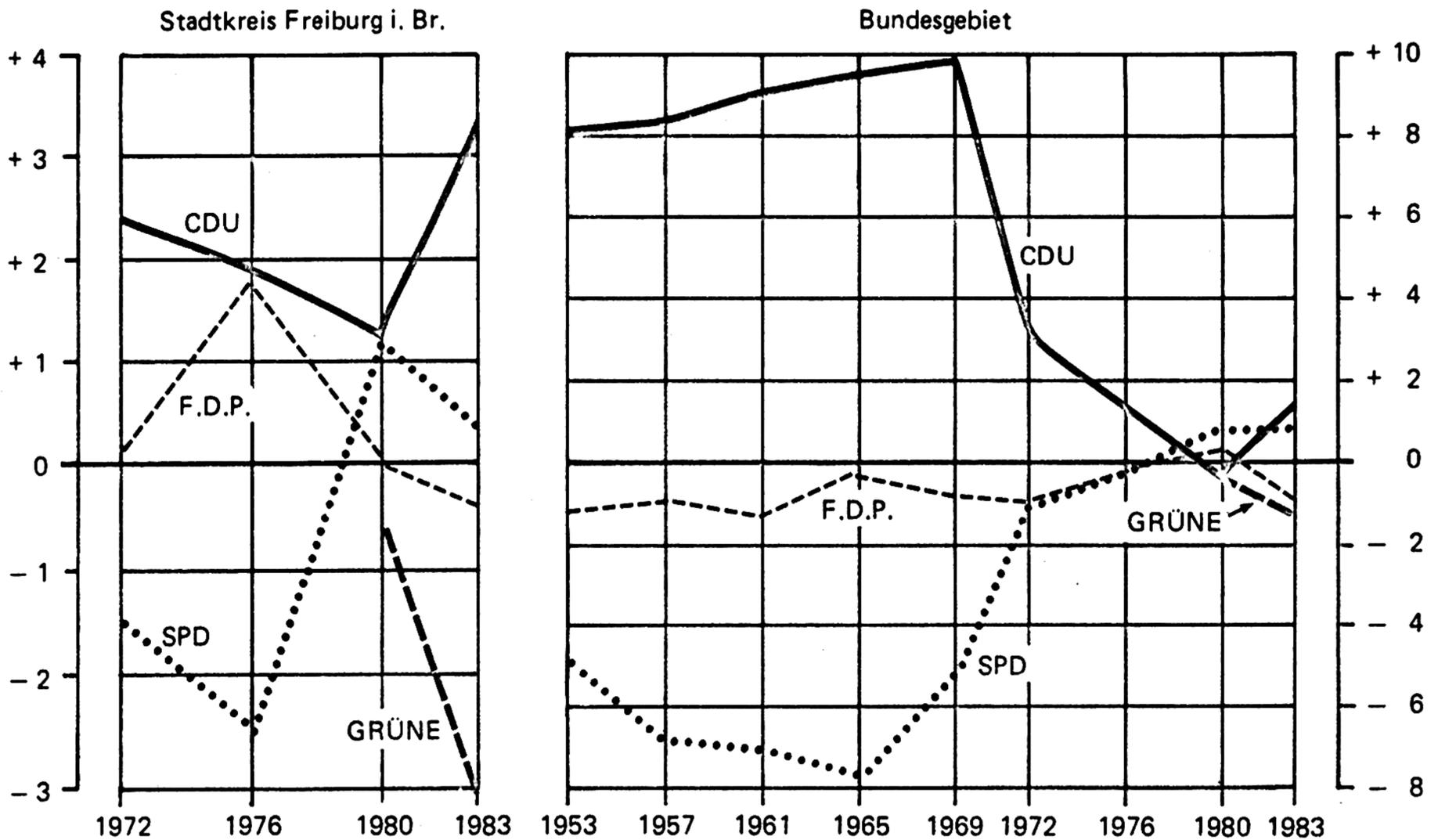
Zu denken geben in diesem Zusammenhang auch die folgenden beiden Umfrageergebnisse: Der Aussage "Politik ist Männersache" stimmten 1974 noch 28 % der Frauen und 31 % der Männer zu, 1984 nur 14 % der Frauen und 24 % der Männer. Daraus läßt sich global erst einmal eine gesellschaftspolitische Gleichstellungstendenz ablesen. Verwunderlich erscheint dabei erst, daß in der Altersgruppe der 19-24jährigen diese Aussage wieder überdurchschnittliche Zustimmung fand, und zwar bei beiden Geschlechtern. Am emanzipiertesten dachte die am ehesten politisierte Generation der Endzwanziger/innen bis Mittvierziger/innen.

Gleichzeitig wird jedoch von zwei Dritteln auch der jüngsten Frauen der Wunsch nach mehr weiblichen Amtsträgern in den Parlamenten geäußert. Eine Forderung, aus der sie jedoch zumindest nicht den vermehrten Gang zur Wahlurne ableiten. So erscheint ein gewisser Rollback-Effekt der historisch immer stärkeren Nutzung des Stimmrechts durch die junge nachwachsende Frauengeneration zumindest heute nicht mehr ausgeschlossen.

3. G i b t e s n o c h g e s c h l e c h t s -
s p e z i f i s c h e P a r t e i p r ä f e r e n z e n ?

Wie sieht nun das geschlechtsspezifische Abstimmungsverhalten aus? Lassen sich überhaupt noch Unterschiede zwischen Männern und Frauen diesbezüglich feststellen?

Unterschiedliche Stimmabgabe von Männern und Frauen bei den Bundestagswahlen
(Differenz in Prozentpunkten Frauen – Männer)



Der bundesweite Trend läßt sich kurz folgendermaßen charakterisieren: Bis 1972 setzt sich, pauschal gesagt, das Weimarer Muster fort. Die Frauen geben weiterhin den eher konservativen Parteien, also der CDU/CSU, den Vorzug, und lehnen die eher links stehende SPD ab. Die FDP hat nur ein leichtes Frauendefizit unter ihren Wählerinnen/Wählern.

1972 setzt dann ein abrupter Bruch in der bis dahin gezeichneten Entwicklungslinie ein und nimmt, besonders für die beiden großen Parteien, sogar relativ dramatische Züge an: Das Frauendefizit der SPD gleicht sich aus, bis sie ab 1980 sogar einen leichten Überschuß der Frauenstimmen zu verzeichnen hat und der Frauenüberschuß der CDU schwindet; sie muß sogar 1980 leicht negative Bilanzen in Kauf nehmen.

Die Union profitierte von jeher vom Wahlverhalten der älteren Frauen; und genau dort kam es zu den stärksten Einbrüchen. Aber auch jüngere Frauen und Männer wandten sich von der CDU/CSU ab. Bei den Männern der übrigen Altersgruppen konnte sie jedoch noch Stimmen zulegen. Im

Süden der Bundesrepublik verlief die beschriebene Entwicklung in abgemilderter Form als im Norden. In den Jahren nach 1972 verloren CDU und CSU kontinuierlich hauptsächlich die Stimmen der (jungen) Frauen; bei der BW'83 entsteht in dieser Gruppe wieder ein Frauendefizit von - 1,8 Prozentpunkten. Bei den über 60jährigen Wählerinnen kann die Union 1983 den 1980 unter dem Kanzlerkandidaten Strauß verlorenen Frauenüberschuß dann wiedergewinnen.

1983 steht bundesweit hinter dem geringfügigen Frauenplus von 1,5 % bei der CDU eine extrem heterogene Altersverteilung: Bei den jüngsten ist weiterhin ein Defizit zu verzeichnen, das durch den Überschuß bei den über 60jährigen ausgeglichen wird, wobei die Spannbreite der Unterschiede zwischen den Generationen immerhin 4,4 % beträgt.

Die SPD hingegen zeigt eine völlig gegenläufige Tendenz. Sie baut seit 1972 ihr starkes Frauendefizit ab und erreicht bei der BW'80 erstmalig sogar einen leichten Frauenüberschuß, den sie 1983 - wenn auch auf insgesamt niedrigerem Niveau - behaupten kann. 1972, als die neu hinzukommenden Jungwählerinnen die SPD besonders begünstigten, sorgten sie zum ersten Mal in einer Altersgruppe für einen Frauenüberschuß. Diese Tendenz wird dann 1976 verstärkt bzw. zumindest beibehalten, und ab 1980 kommen sogar die vorher eher ablehnenden Seniorinnen mit einem Überschuß von + 1,3 % hinzu. 1983 beträgt der Stimmenüberschuß bei den Jungwählerinnen sogar 3,0 %. Dieses in Freiburg erheblich schwächere Muster ist durch das hier herrschende "grüne Milieu" zu erklären. Auch die bundesweiten Einbußen bei den männlichen Erstwählern sind dem Auftreten der GRÜNEN zuzuschreiben.

Historisch gesehen läßt sich jedenfalls für die beiden großen Parteien eine gewisse Umschichtung der Frauenbilanzen von der CDU weg zur SPD hin beobachten.

Die FDP hatte immer nur mit einem relativ geringen Frauendefizit zu kämpfen. 1980 konnte sie auch erstmalig bei den Jungwählerinnen einen kleinen Überschuß erreichen, der jedoch 1983 wieder abschmilzt und dem vermehrten Zuspruch besonders der älteren Männer weicht.

Bei den GRÜNEN, die am aktivsten Frauenthemen in ihre Parteiarbeit aufnehmen und in ihrer Führungsmannschaft demonstrativ Frauen einsetzen, wundert der kontinuierlich zunehmende Männerüberschuß. Allein bei den wohl am stärksten politisierten Frauen, der Generation der 30-45jährigen, haben die GRÜNEN mit ausgeglichenen geschlechtsspezifischen Bilanzen bzw. teilweise sogar mit einem Frauenüberschuß zu rechnen.

Erklärungen für diese Entwicklungen lassen sich nur in aller Vagheit formulieren: Das zunehmende Bildungsniveau, die vermehrte außerhäuslichen Kommunikations- und beruflichen Beschäftigungsmöglichkeiten vieler Frauen und die abnehmende kirchliche Bindung läßt sie vermutlich ihre ehemals durch ausschließliches Hausfrauendasein geprägte konservative Grundorientierung aufgeben und eine eher außenorientierte, säkularisierte Richtung verfolgen. Ihr durchschnittlich geringerer Zuspruch zu den GRÜNEN läßt sich eventuell durch deren sehr spezielle Milieuverankerung und ihre relative Neuheit erklären.

Die Abstimmungsraten von Männern und Frauen für die einzelnen Parteien in Freiburg lassen allerdings für 1983 auf Stadtebene eine deutlich rückläufige Entwicklungstendenz für die beiden großen Parteien erkennen. Alte, geschlechtsspezifische Divergenzen scheinen erneut die Möglichkeit zu haben, sich zu verstärken. Dies mag jedoch zum einen an der erheblich überalterten Wahlpopulation liegen (1983 ist hier jede zweite Wahlberechtigte älter als 52 Jahre) und damit dem Übergewicht der älteren Frauen, die ja bekanntlich die CDU bevorzugen. Zum anderen bleibt jedoch die Frage offen, ob und in wieweit neue konservativere Tendenzen unter den Jüngeren alte Parteimuster wieder begünstigen.

Literatur:

Liepelt, Klaus, Riemenschnitter, Hela: Wider die These vom besonderen Wahlverhalten der Frau: in, Politische Vierteljahresschrift 4, 1973. S. 567 - 605.

Hofmann-Göttig, Joachim: Emanzipation mit dem Stimmzettel - 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland - Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1986.

Der Kampf um politische Reviere zwischen 1972 und 1983

Bemerkungen zur räumlichen Differenzierung der Wahlergebnisse in Freiburg im Breisgau

von Gerd Mielke

1. Die Geschichte der Wahlen in Deutschland ist zugleich eine Geschichte ausgeprägter geographischer Differenzierungen des Parteiensystems. Extreme regionale Unterschiede, wie sie sich zu Zeiten des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, etwa für das Abschneiden der Zentrumspartei oder der NSDAP nachweisen lassen, bestimmen auch die bundesrepublikanische Wahlgeographie. In den regionalen Gefällen der Wahlergebnisse treten soziale Strukturen und politische Milieus hervor, die nicht gleichförmig über das gesamte Wahlgebiet verteilt, sondern in eigenständigen regionalen politischen Traditionen verankert sind. Neuere Studien zur westdeutschen Wahlgeschichte haben freilich gezeigt, daß die politische Geographie einem steten Wandel unterliegt.¹⁾ Alte Hochburgen werden geschliffen, traditionelle Unterschiede beim Wahlerfolg der Parteien verblassen, neue Domänen entstehen. Gelten ähnliche Befunde auch innerhalb der Stadtgrenzen Freiburgs, das durch ein ausgeprägtes Stadtteilbewußtsein gekennzeichnet ist? Oder haben sich hier die politischen Proportionen über stabilen und traditionellen Milieus weitgehend unverändert erhalten?

Dieser Frage nach der räumlichen Differenzierung der Bundestagswahlergebnisse soll für die Zeit von 1972 bis 1983 auf der Basis der Freiburger Stadtbezirke nachgegangen werden. 1972 gab es deren 33. Seither sind mit Hochdorf, Ebnet, Kappel, Tiengen und Munzingen im

1) Siehe hierzu: P. Hoschka, H. Schunck: Stabilität regionaler Wählerstrukturen in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift 18, 1977, S. 279 - 300; G. Mielke: Sozialer Wandel und politische Dominanz in Baden-Württemberg, Berlin 1987, Kapitel 4.

Rahmen der Gebiets- und Gemeindereform fünf weitere hinzugekommen. Somit umfaßt Freiburg derzeit 38 Stadtbezirke.¹⁾

Als Indikatoren für die politischen Milieus in den Stadtbezirken dienen die Wahlergebnisse der vier derzeitigen Bundestagsparteien. In einem ganz wesentlichen Unterschied zu dem landläufigen Gebrauch werden hier allerdings die Wähleranteile benutzt. Während der gewöhnlich verwendete Stimmenanteil als der Anteil der Stimmen einer Partei an der Gesamtzahl der gültigen Stimmen definiert ist, stellt der Wähleranteil das Verhältnis der Stimmen einer Partei zu einer anderen Bezugsgröße, nämlich der Gesamtzahl aller Wahlberechtigten, dar. Folglich liegt der Wähleranteil immer beträchtlich unter dem Stimmenanteil: Es gibt mehr Wahlberechtigte als Wähler.

Diese etwas ungewöhnliche Abbildung der Wahlergebnisse bietet den Vorteil, daß im Wähleranteil stets auch der Einfluß sich verändernder Wahlbeteiligung sichtbar wird. Somit ist der Wähleranteil ein sehr gutes Instrument zur Erfassung der Mobilisierungsfähigkeiten der Parteien auf den politischen Märkten der Stadt Freiburg und ihrer Stadtbezirke. Veränderungen der Marktanteile treten deutlicher hervor als bei dem Rückgriff auf die übliche Darstellung der Wahlergebnisse mittels der Stimmanteile; denn sehr häufig kommen Wahlsiege nicht durch eine Verbreiterung des eigenen Rückhalts in der Wählerschaft zustande, sondern durch politische Resignation und Wahlenthaltung auf der Gegenseite. Zur Erfassung wirklicher Umschichtungen innerhalb der Wählerschaft in verschiedenen Stadtbezirken taugt also die Analyse der Stimmanteile nur bedingt.

2. Der Wählermarkt in Freiburg ist zwischen 1972 und 1983 um rund 7 % gewachsen. Waren 1972 111 311 Freiburger wahlberechtigt, so stieg deren Zahl bis 1983 auf 119 801 an. Auf der Ebene der Stadt Freiburg insgesamt zeichnen sich unterschiedliche Erfolgskurven der Parteien ab. Die CDU konnte ihren Wähleranteil weitgehend halten. Nachdem sie 1972 36,1 % der Wähler mobilisierte, stieg dieser Anteil

1) Mundenhof ist unter dem Gesichtspunkt 'Wahrung des Wahlheimnisses' dem Stadtbezirk Haslach-Weingarten angegliedert.

1976 auf 38,5 %. Offensichtlich trieb die "Strauß-Wahl" von 1980 zahlreiche Unionsanhänger zur "Partei der Nichtwähler"; nur noch 32,5 % der Wahlberechtigten stimmten für die Union. 1983 stieg jedoch der Wahlanteil der CDU wieder auf 35,7 % an. Die Union konnte also 1976 die stärkste Position in der Wählerschaft erringen; obwohl sie jedoch 1983 als "Sieger" gefeiert wurde, hatte sie einen geringeren Rückhalt in der Wahlbevölkerung als 1972 bei der "Niederlage".

Die leichte Einbuße von 0,4 % im Jahre 1983 gegenüber 1972 relativierte sich jedoch angesichts der steten und z. T. dramatischen Verluste der Konkurrenten. Der Wähleranteil der SPD sank von 38,0 % im Jahre 1972 auf 32,2 % 1983. 1976 und 1980 konnten die Sozialdemokraten jeweils 36,9 % der Wahlberechtigten mobilisieren. Wiederum kann ein Blick auf die Wähleranteile die herkömmlichen Urteile über "Niederlage" und "Sieg" der SPD 1976 und 1980 ergänzen. Der Wahlerfolg von 1980, der in einem um 1,1 % gestiegenen Zweitstimmenanteil von 43,3 %, gegenüber der CDU mit nur 38,1 %, Ausdruck fand, beruhte nicht auf einer Eroberung zusätzlichen Rückhalts im Wählermarkt.

Die Liberalen mußten während dieses Untersuchungszeitraums schwere Verluste hinnehmen. Ihr Marktanteil sank von 14,3 % auf 6,5 %. Lediglich die "Strauß-Wahl" 1980 gewährte der FDP bei ihrer Talfahrt eine kurze Atempause.

Das Aufkommen der GRÜNEN seit 1980 verschob die Strukturen des Wählermarktes grundlegend. Als vierter Konkurrent im Parteienwettbewerb konnten sie 1983 11,6 % der Wahlberechtigten mobilisieren. Angesichts dieser einschneidenden Veränderung überrascht die Stabilität des CDU-Anteils unter verschärften Konkurrenzbedingungen umso mehr. Offensichtlich sind vor allem die SPD und die FDP als Parteien die großen Verlierer bei dem Strukturwandel des Parteiensystems gewesen.

Wähler- und Stimmenanteile bei den Bundestagswahlen 1972 bis 1983 in Freiburg i. Br.

Wahljahr	Wahlberechtigte	Zweitstimmen				Wähleranteile (%) (Anteil der Stimmen an den Wahlberechtigten)				Stimmenanteile (%)			
		CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE
1972	111311	40165	42329	15881		36,1	38,0	14,3		40,5	42,7	16,0	
1976	115874	44637	42800	12342		38,5	36,9	10,7		44,0	42,2	12,2	
1980	117446	38144	43376	14561	3618	32,5	36,9	12,4	3,1	38,1	43,3	14,5	3,6
1983	119801	42734	38540	7767	13838	35,7	32,2	6,5	11,6	41,4	37,3	7,5	13,4

3. Diese gesamtstädtischen Trends brechen sich in differenzierten Einzelentwicklungen auf der Ebene der Stadtbezirke. Insgesamt hat sich an der Tatsache einer Unionsdominanz auf der Ebene der Stadtbezirke nichts geändert. Allerdings hat die CDU im Vergleich zu den anderen Rivalen im Parteienwettbewerb ihre Position als Mehrheitspartei und damit auch als milieuprägende Kraft deutlich ausbauen können. Von den 33 Stadtbezirken des Jahres 1972 wiesen 16 eine Unionsmehrheit auf. Bezieht man die Ergebnisse in den später eingemeindeten Stadtbezirken ein, so steigt die Zahl der unionsdominierten Stadtbezirke auf 21. 1983 war die CDU jedoch in 25 von nunmehr 38 Stadtbezirken die Partei mit dem stärksten Wähleranteil. Von den 38 Bezirken war die CDU in 19 zu beiden Zeitpunkten die stärkste Partei. 15 Bezirke waren stets von einer Unionsmehrheit geprägt. Lediglich 1980 büßt die CDU vier ihrer Hochburgen in Freiburg ein.

Während sich die Zahl der Stadtbezirke, in denen die CDU vor den Sozialdemokraten rangiert, erhält, ist allerdings durch die verschärfte Konkurrenzsituation auf dem politischen Markt im gleichen Zeitraum die Anzahl der Bezirke zurückgegangen, in denen die CDU mit einem Wähleranteil von mehr als 35 % das politische Milieu völlig unangefochten beherrschte. Fielen 1972 noch 17 Stadtbezirke in diese unionsdominierten Kategorien, so waren es 1983 nur noch elf. Zu diesen zählen Hochdorf, Ebnet, Kappel, Günterstal, Lehen, Waltershofen, St. Georgen, Tiengen und Munzingen. Somit erscheint es angemessen, statt von Ost-West-Gefälle zugunsten der Union von einer rings um den eigentlichen Stadtbereich angelagerten ersten Umlandzone als eigentlicher Unionsbastion zu sprechen.

Während die gesamtstädtische Entwicklung für die CDU einen wenn auch nur geringfügigen Verlust anzeigt, so verdeckt dies die auf der Ebene der Stadtbezirke gegenläufigen Bewegungen. Vor allem in ihren Hochburgen hat die CDU überdurchschnittliche Einbußen zu verzeichnen. In den Stadtbezirken Altstadt-Mitte, Altstadt-Ring, Herdern-Süd, Waldsee, Littenweiler, Ober- und Mittelwiehre betragen die Verluste 6 % und mehr. Demgegenüber gelingt der CDU allerdings eine Ausweitung ihres Wähleranteils in den traditionellen SPD-Domänen Brühl-Industriegebiet, Stühlinger-Beurbarung, Mooswald, Betzenhausen-Bischofs-

linde, Landwasser, Haslach und Opfingen. In Lehen, eine Unionshochburg seit altersher, steigt der CDU-Anteil ebenfalls; dieser Zuwachs in einer Hochburg ist allerdings die Ausnahme.

Die SPD hat dem Abbröckeln ihres Rückhalts in der Wählerschaft während des letzten Jahrzehnts nirgendwo in Freiburg Einhalt gebieten können. Dabei haben sich die Verluste in den eher bürgerlichen CDU-Domänen noch am ehesten in Grenzen gehalten. Dort lagen die Wahlanteile deutlich unter dem Rückgang von 5,8 % im Stadtgebiet. Hierzu zählen Herdern, Zähringen, Waldsee, Littenweiler, Unterwiehre-Süd, Günterstal sowie die ländlichen Stadtteile im Westen.

Die Entwicklung in den SPD-Hochburgen des Westens ebenso wie die dramatischen Verluste in den "grünen" Stadtbezirken des Ostens und der Innenstadt offenbaren das Dilemma der Sozialdemokraten, einem Zangenangriff auf ihren Marktanteil durch GRÜNE und CDU gleichermaßen ausgesetzt zu sein. Weit überdurchschnittlich geschrumpft ist das sozialdemokratische Segment in der Wählerschaft im Stühlinger, Mooswald, in Landwasser, Haslach und St. Georgen. Verfolgt man den zeitlichen Verlauf der sozialdemokratischen Talfahrt in diesen Bezirken, so wird deutlich, daß die Stagnation bereits 1976 einsetzt, als der CDU der Einbruch in die sozialdemokratischen Reviere gelingt. Alles deutet darauf, daß die in jeder Hinsicht außergewöhnliche "Strauß-Wahl" 1980, die sehr viele Unionsanhänger in das Lager der Wahlabsinenten trieb und ein vorläufig letztes Mal die Anhänger der GRÜNEN SPD wählen ließ, die schweren Einbußen der SPD in ihren klassischen Hochburgen nur vorübergehend verdeckte. 1983 wurde der Erdrutsch dann offenkundig.

Die Verluste der SPD in der Wiehre sind auf die neu in den Markt drängenden GRÜNEN zurückzuführen. Sie vollzogen sich in den drei Jahren zwischen 1980 und 1983, in denen auch die Anteile der GRÜNEN in die Höhe schnellten.

Bei dieser rückläufigen Tendenz verwundert es nicht, daß die SPD-Bastionen mit mehr als 35 % Wähleranteil, der sich leicht in absolute Stimmenmehrheit umsetzen läßt, stark abgenommen haben. Gehörten

1972 noch 15 Stadtbezirke dazu, so waren es 1983 nur noch sechs: Brühl-Güterbahnhof, Stühlinger-Beurbarung, Landwasser, Haslach-Eger-ten, Haslach-Gartenstadt und Haslach-Schildacker.

Offen bleibt für die Sozialdemokratie, ob sich der Einbruch 1983 als ein dauerhafter Verlust einstiger Marktanteile erweisen wird, oder ob die Bundestagswahl 1983 mit ihren besonderen Konstellationen der "Wende in Bonn" eine nur kurzfristige Abkehr von im Prinzip rückkehrwilligen Anhängern war.

Im Kampf um die Position als dritte politische Kraft in Freiburg ist die FDP nicht nur auf der Ebene des gesamten Stadtgebietes von den GRÜNEN überrundet worden. 1980 lag der Wähleranteil der Liberalen noch in allen Stadtbezirken über dem der GRÜNEN; drei Jahre später hatten sich die Verhältnisse ins Gegenteil verkehrt. Nun waren die GRÜNEN überall die stärkere Partei. Die Verluste der FDP zwischen 1980 und 1983 fielen in allen Stadtteilen massiv aus. Besonders stark waren sie in Lehen, Landwasser, Zähringen, Waldsee, Brühl, Littenweiler, Oberwiehre, Betzenhausen-Bischofslinde. Demgegenüber stehen breite Zugewinne der GRÜNEN über alle Stadtbezirke hinweg. Am deutlichsten fielen sie in den "grünen" Hochburgen von 1980 aus. In Altstadt-Ring, Herdern-Süd, Oberwiehre, Mittelwiehre und Unterwiehre-Nord konnten die GRÜNEN ihren Wähleranteil um 10 % und mehr steigern.

4. Da es bei einer Bundestagswahl ja nicht nur um die Wahl einzelner Parteien, sondern auch um die Wahl zwischen Regierung und Opposition geht, soll eine abschließende Betrachtung dem Kräfteverhältnis zwischen dem derzeitigen Koalitionslager und dem Oppositionsbereich gewidmet sein. Dies ist nicht nur durch die im Wahlkampf immer wieder vorgebrachte polemische These von dem Kampf zwischen Regierung und rot-grüner Front gerechtfertigt. Schon frühzeitig haben verschiedene Wahlstudien die "grüne" Anhängerschaft nicht nur als Umweltschützer, sondern als linkes Wählerpotential eingestuft, was auch dem Selbstverständnis der meisten Wähler der GRÜNEN entspricht.

Hier zeigt sich nun, daß zwar die SPD als die traditionelle Partei des linken Spektrums starke Einbußen zu verzeichnen hat, daß aber das

linke Potential insgesamt in Freiburg stärker als das bürgerliche Lager ist. So steht einem bürgerlichen Wähleranteil von 42,2 % ein kumulierter Wähleranteil auf der Linken von 43,8 % gegenüber. In 18 Stadtbezirken ist diese Oppositions-Koalition stärker als das Regierungsbündnis, vor allem in den wählerstarken Stadtbezirken des Freiburger Westens.

Somit gilt es, die These von der Unionsdominanz in Freiburg zu ergänzen um die Feststellung, daß zwar die CDU als einzige Partei im Vergleich zu allen anderen Konkurrenten ihre Stellung am politischen Markt relativ stärken konnte, daß in einer Zeit der politischen Polarisierung gleichwohl parallel dazu eine Stärkung des im weitesten Sinne linken Lagers gegenüber den bürgerlichen Parteien erfolgte. Daß diese numerische Mehrheit keine politische Mehrheit ist, ja, daß in ihr starke zentrifugale Kräfte innerhalb der grünen und roten Anhängerschaft bei einer politischen Annäherung von SPD und GRÜNEN die linke Mehrheit wahrscheinlich wieder zerbröckeln lassen würde, ist nicht nur in Freiburg das Dilemma der Oppositionsparteien.

5. Innerhalb des letzten Jahrzehnts hat sich also die politische Geographie Freiburgs merklich verändert. Im Zuge der durch das Aufkommen der GRÜNEN erfolgten Verschärfung der Parteienkonkurrenz auf dem politischen Markt mußten alle anderen Parteien Einbußen in ihrem Rückhalt bei der Wählerschaft hinnehmen. Die CDU hat diesen Prozeß politischer Umstrukturierung am erfolgreichsten absolviert. Insgesamt sind die absoluten Hochburgen der beiden großen Parteien zurückgegangen. Eine rote Insel im Westen und eine kleinere grüne im Innenstadtbereich sind von einem breiten schwarzen Rahmen eingefafßt. Das Gelb der Liberalen ist in dieser Ansicht der Wählerlandschaft nur noch in zarten Tupfern auszumachen.

Wähleranteil (Stimmen der Partei : Wahlberechtigten) x 100 in den Stadtbezirken von Freiburg i. Br.
bei den Bundestagswahlen 1972 bis 1983 (ganze Werte)

		1972	1976	1980	1983
111 Altstadt-Mitte	SPD	26	26	15	19
	CDU	33	32	24	27
	F.D.P.	11	7	9	6
	GRÜNE			3	11
112 Altstadt-Ring	SPD	28	25	23	22
	CDU	34	32	26	26
	F.D.P.	12	9	9	5
	GRÜNE			4	14
120 Neuburg	SPD	22	20	21	20
	CDU	34	33	26	31
	F.D.P.	12	9	10	6
	GRÜNE			2	7
211 Herdern-Süd	SPD	27	26	25	23
	CDU	37	35	29	
	F.D.P.	14	11	13	8
	GRÜNE			3	13
212 Herdern-Nord	SPD	27	26	24	24
	CDU	38	37	29	33
	F.D.P.	15	11	12	7
	GRÜNE			3	10
220 Zähringen	SPD	30	30	28	26
	CDU	36	36	29	32
	F.D.P.	15	10	13	7
	GRÜNE			2	10
231 Brühl-Güterbahnhof	SPD	44	41	41	38
	CDU	30	30	24	29
	F.D.P.	11	7	8	3
	GRÜNE			2	8
232 Brühl-Industriegebiet	SPD	40	34	38	34
	CDU	35	30	23	36
	F.D.P.	12	9	8	3
	GRÜNE			2	3
240 Hochdorf	SPD		32	30	27
	CDU		40	35	40
	F.D.P.		7	9	4
	GRÜNE			3	9
310 Waldsee	SPD	23	23	22	20
	CDU	38	36	30	31
	F.D.P.	16	11	13	8
	GRÜNE				9
320 Littenweiler	SPD	24	23	23	20
	CDU	41	40	31	34
	F.D.P.	17	11	13	8
	GRÜNE			3	12

		1972	1976	1980	1983
330 Ebnet	SPD		25	26	22
	CDU		48	37	40
	F.D.P.		10	12	8
	GRÜNE			3	10
340 Kappel	SPD		33	32	28
	CDU		39	33	35
	F.D.P.		7	9	6
	GRÜNE			3	10
410 Oberau	SPD	32	32	30	27
	CDU	32	32	24	27
	F.D.P.	13	9	11	5
	GRÜNE			3	11
421 Oberwiehre	SPD	30	28	28	23
	CDU	36	34	28	30
	F.D.P.	13	11	11	6
	GRÜNE			3	14
422 Mittelwiehre	SPD	27	27	26	21
	CDU	35	33	26	26
	F.D.P.	14	12	11	6
	GRÜNE			3	16
423 Unterwiehre-Nord	SPD	32	29	31	22
	CDU	31	31	25	26
	F.D.P.	13	9	11	6
	GRÜNE			5	16
424 Unterwiehre-Süd	SPD	25	24	25	23
	CDU	37	34	28	29
	F.D.P.	18	13	15	11
	GRÜNE			2	11
430 Günterstal	SPD	23	21	21	20
	CDU	40	41	30	35
	F.D.P.	14	12	14	8
	GRÜNE			3	11
511 Stühlinger-Beurbarung	SPD	46	42	43	38
	CDU	26	25	22	26
	F.D.P.	8	6	6	2
	GRÜNE			2	6
512 Stühlinger-Eschholz	SPD	39	35	34	31
	CDU	31	31	23	28
	F.D.P.	11	8	9	4
	GRÜNE			3	9
513 Alt-Stühlinger	SPD	42	38	36	34
	CDU	28	27	22	25
	F.D.P.	10	7	8	3
	GRÜNE			3	10
521 Mooswald-West	SPD	41	37	37	32
	CDU	30	31	26	34
	F.D.P.	11	15	8	4
	GRÜNE			2	8

		1972	1976	1980	1983
522 Mooswald-Ost	SPD	41	37	34	32
	CDU	26	28	24	29
	F.D.P.	10	8	8	3
	GRÜNE			2	7
531 Betzenhausen-Bischofsl.	SPD	38	36	35	32
	CDU	31	32	29	35
	F.D.P.	15	10	10	5
	GRÜNE			2	7
532 Alt-Betzenhausen	SPD	34	30	33	28
	CDU	35	37	27	33
	F.D.P.	12	9	12	5
	GRÜNE			3	11
540 Landwasser	SPD	43	41	38	36
	CDU	27	30	26	31
	F.D.P.	15	10	11	5
	GRÜNE			1	7
550 Lehen	SPD	29	29	28	24
	CDU	42	43	38	43
	F.D.P.	15	10	12	6
	GRÜNE			2	9
560 Waltershofen	SPD	19	21	23	17
	CDU	58	56	53	57
	F.D.P.	5	5	5	3
	GRÜNE			1	7
611 Haslach-Egerten	SPD	43	41	38	37
	CDU	26	27	21	27
	F.D.P.	11	7	8	3
	GRÜNE			2	7
612 Haslach-Gartenstadt	SPD	44	40	38	35
	CDU	26	27	22	26
	F.D.P.	9	6	7	3
	GRÜNE			2	6
613 Haslach-Schildacker	SPD	44	42	45	37
	CDU	28	28	23	26
	F.D.P.	9	8	7	4
	GRÜNE			1	7
614 Haslach-Haid	SPD	41	38	39	33
	CDU	26	27	22	26
	F.D.P.	9	7	8	3
	GRÜNE			2	8
615 Haslach-Weingarten	SPD	47	42	42	39
	CDU	22	24	20	24
	F.D.P.	11	8	8	3
	GRÜNE			2	7
620 St. Georgen	SPD	35	32	31	27
	CDU	36	38	30	35
	F.D.P.	12	9	11	6
	GRÜNE			2	10

		1972	1976	1980	1983
630 Opfingen	SPD	33	36	37	30
	CDU	30	30	25	34
	F.D.P.	16	15	14	8
	GRÜNE			2	9
640 Tiengen	SPD		26	29	25
	CDU		39	33	37
	F.D.P.		12	15	7
	GRÜNE			2	11
650 Munzingen	SPD		19	26	21
	CDU		55	42	48
	F.D.P.		10	11	6
	GRÜNE			2	9

W i e w ä h l e n A r b e i t e r , w i e
A n g e s t e l l t e u n d B e a m t e ,
w i e S e l b s t ä n d i g e . . . ?

von R. Tressel

Es gibt im Bundesgebiet, in den Ländern und Gemeinden Gebiete, in denen eine Partei konstant erfolgreich, eine andere jedoch sehr schlecht abschneidet. Man kennt sie, die CDU-Hochburgen im Süden der Republik, auf dem flachen Land etc. oder die SPD-Domänen in den industriellen Ballungsräumen. Auch in Freiburg gibt es eine deutliche Differenzierung, die sich als ein Ost-West-Gefälle darstellt. Der Beitrag von G. Mielke in diesem Heft geht darauf ein.

Diese besonderen Ausprägungen in der Wahllandschaft sind nicht zufällig, sondern sie verweisen auf die sozialstrukturelle Einbindung der Parteien.

Für Freiburg wurde der Zusammenhang zwischen Berufsgruppenzugehörigkeit¹⁾ und Wahlverhalten anhand der Ergebnisse der Bundestagswahl 1980 und der Oberbürgermeisterwahl 1982 mit Hilfe einer Korrelationsanalyse²⁾ untersucht und nachgewiesen.

Der folgende Untersuchungsansatz geht vom Stadtgebiet aus. Es werden die Sozialstrukturmerkmale der Wohnbevölkerung in einem bestimmten Gebiet mit den entsprechenden Stimmenanteilen der Parteien verglichen.

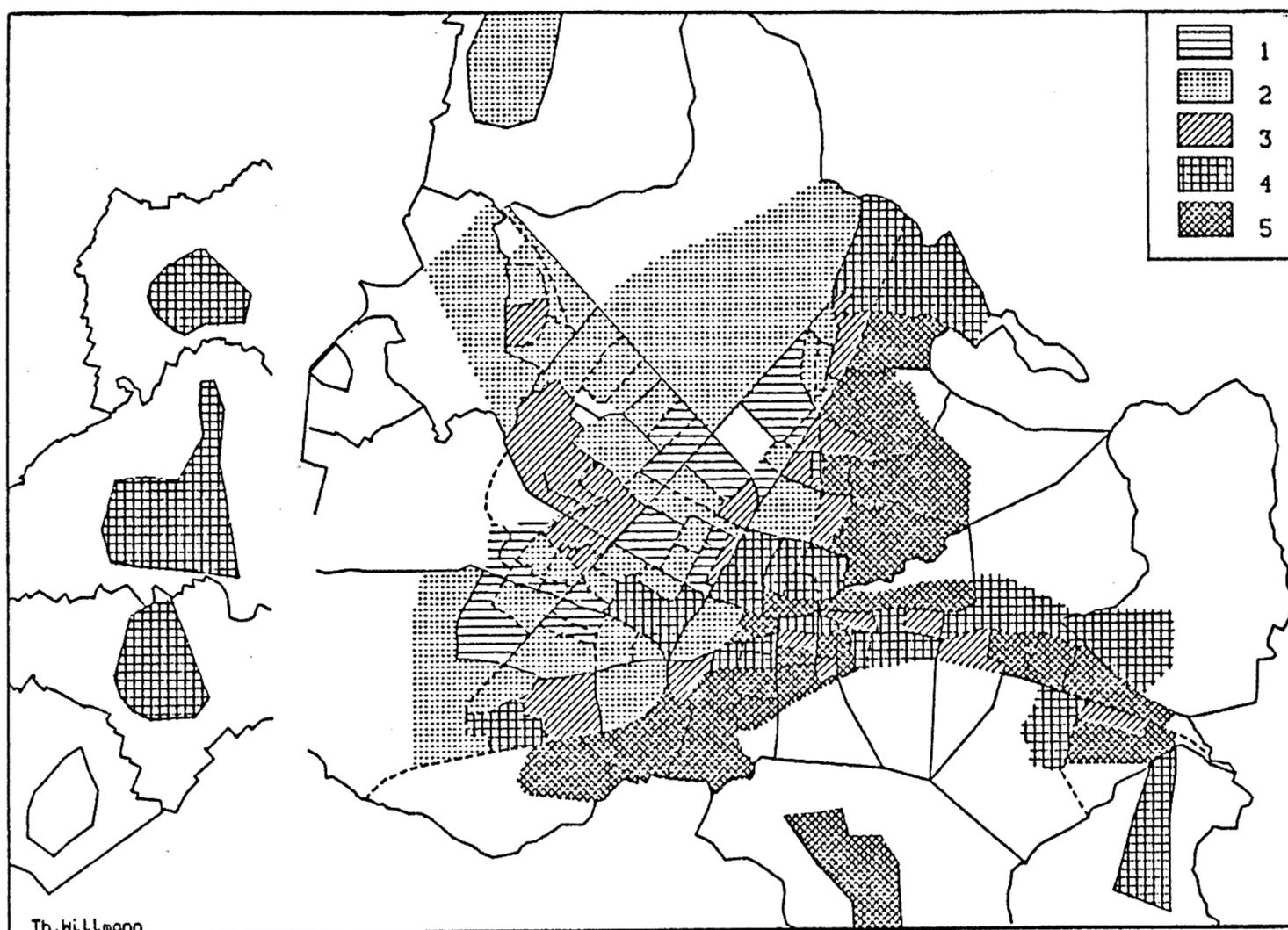
1) Das Merkmal Berufsgruppe ist für diesen Zweck insofern geeignet als die Unterscheidung nach dem Beruf auch andere soziale Unterschiede zum Ausdruck bringt: nach dem Einkommen, der Ausbildung, dem Lebensstil, den Verhaltensgewohnheiten etc.²⁾ R. Tressel: Eine Analyse des Zusammenhangs zwischen der Berufsgruppenzugehörigkeit der Wahlberechtigten und den Ergebnissen der Parteien bei der Bundestagswahl 1980 in Freiburg i. Br. Sonderbericht 1981. G. Mielke, R. Tressel: Die Oberbürgermeisterwahl in Freiburg i. Br. - Versuch einer wahlsoziologischen Einordnung -; in: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i. Br. 1982.

Ausgangspunkt ist dabei die Überlegung, daß

1. Menschen mit unterschiedlicher Bildung, Einkommen, beruflicher Position, Nationalität, Alter usw. nicht bunt gemischt zusammenleben, sondern daß diese mehr oder weniger deutlich räumlich voneinander getrennt sind.
2. der Verteilung der verschiedenen Gruppen im Stadtgebiet ein analoges Stimmenmuster entsprechen sollte.

Für Freiburg konnten mit Hilfe eines speziellen Analyseverfahrens (Clusteranalyse) fünf Gebietstypen unterschieden werden, deren Bevölkerung sich nach ihrer Berufsgruppenzugehörigkeit deutlich voneinander unterscheiden (zu den Berufsgruppenanteilen siehe Tabelle am Schluß).¹⁾ Die Typisierung bringt eine fünfstufige soziale Differenzierung der Bevölkerung innerhalb des Stadtgebiets zum Ausdruck, wobei im Gebietstyp 1 die statusschwächeren und im Typ 5 die statushöchsten Gruppen leben.

Die Verteilung der 5 Gebietstypen im Stadtgebiet von Freiburg i. Br. 1984



¹⁾ Th. Willmann, R. Tressel: Berufliche Segregation und räumliche Differenzierung; in: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i. Br. August 1986 (Wohnbevölkerung).

Typ 1 (siehe Karte) wird als Arbeiter- und Handwerkerwohngebiet charakterisiert. Arbeiter, einfache Angestellte sowie Handwerker und Facharbeiter sind überdurchschnittlich stark vertreten (Regionale Schwerpunkte: Industriegebiet Nord, Teilgebiete im Stühlinger und Haslach).

Typ 2 wird als Wohngebiet der unteren Mittelschicht bezeichnet. Es dominieren die einfachen und mittleren Angestellten und Beamten, Handwerker und Facharbeiter (Weingarten, Haslach-Gartenstadt, Landwasser und Stühlinger).

Typ 3 wird als Wohngebiet der oberen Mittelschicht bezeichnet. Die mittleren und gehobenen Angestellten und Beamten sind besonders stark vertreten (keine regionalen Schwerpunkte).

Typ 4 Mischgebiete mit gehobenem Status (Opfingen, Tiengen, Günterstal, Kappel, Ebnet, Zähringen, Teil der Wiehre).

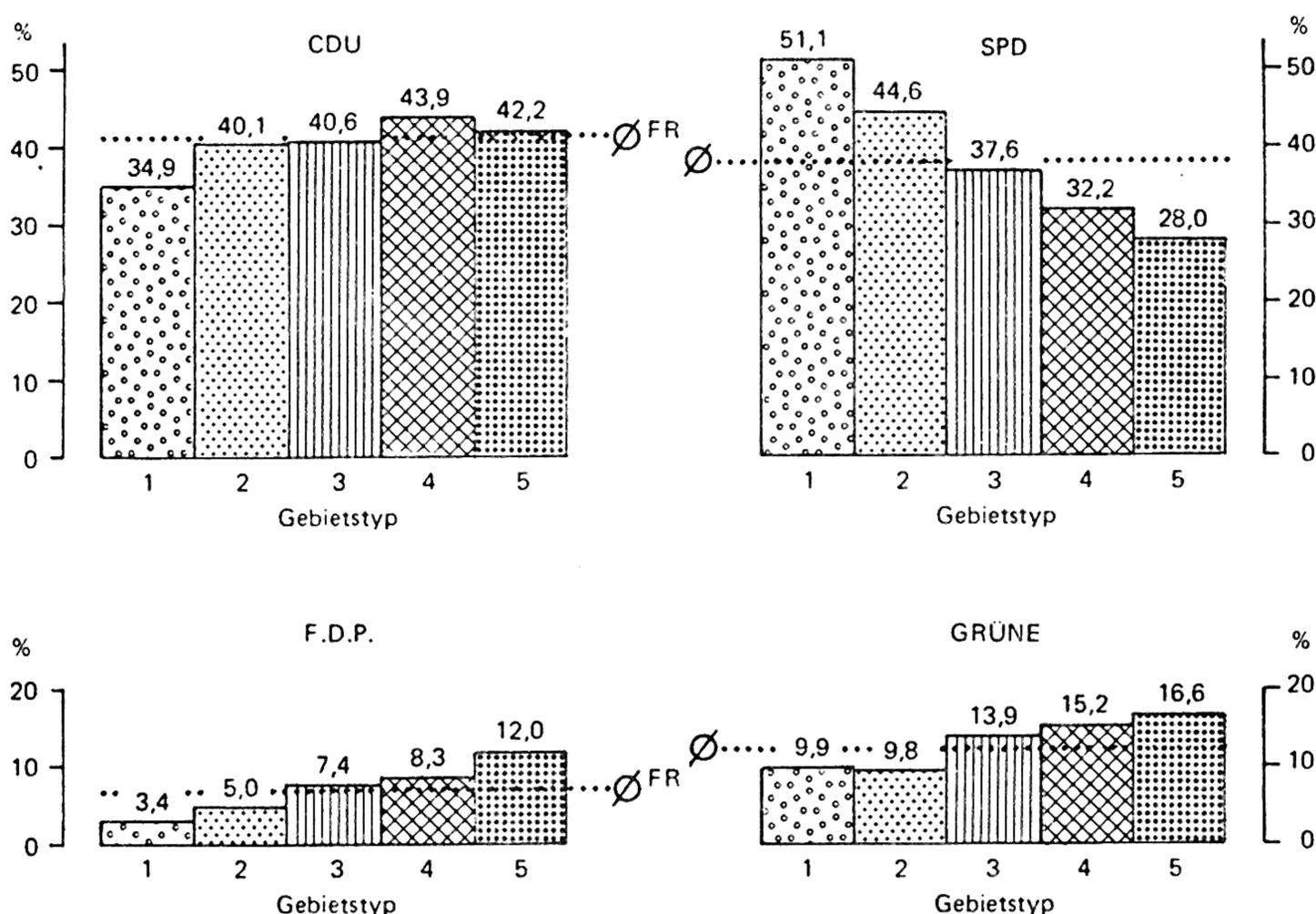
Typ 5 umfaßt die statushohen Wohngebiete mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von gehobenen, höheren und leitenden Angestellten und Beamten sowie freiberuflichen Akademikern (Hanglagen in Neuburg, Herdern, Schönberg und Lorettoberg).

Deutlich wird, daß die statushöchste Gruppe (Typ 5) ausschließlich, und - sieht man von den Tuniberggemeinden ab - die nächste Gruppe (Typ 4) überwiegend in den östlichen Stadtgebieten wohnen.

Wie haben nun die Parteien in diesen Gebietstypen, die eine hierarchische Ordnung der Wohnbevölkerung nach dem sozialen Status zum Ausdruck bringen, abgeschnitten?

Bei der CDU, der FDP und den GRÜNEN wächst der Stimmenanteil mit dem Status der Wohnbevölkerung. Lediglich die CDU hat im Gebietstyp 4 (Mischgebiet mit gehobenem Status) ein etwas besseres Ergebnis als in dem statushöchsten Gebiet (Typ 5).

Gültige Zweitstimmen (%) bei der Bundestagswahl 1983 in Freiburg i. Br.
(ohne Briefwahl)



Bei der SPD ist die Verteilung genau umgekehrt. Die SPD hat den stärksten Rückhalt in den Arbeiterwohngebieten (Typ 1) und den schwächsten in den staturhöchsten Quartieren, den östlich gelegenen Hanglagen.

Die Zahlen zeugen aber nicht nur davon, daß die Parteien bei den verschiedenen Wählergruppen einen unterschiedlichen Rückhalt haben, sondern auch davon, daß die Wählerschaft der CDU sozialstrukturell ausgeglichener ist als die der SPD, der GRÜNEN oder gar der FDP. Die Extremwerte bei der CDU (34,9 % = Typ 1 und 43,9 % = Typ 4) liegen weit weniger auseinander als z. B. bei der SPD (51,1 % : 28,0 %); außerdem streuen die Ergebnisse der CDU in den einzelnen Gebietstypen weit weniger um das gesamtstädtische Ergebnis als bei den anderen Parteien.

Ein Maß für die Streuung ist die prozentuale Abweichung der Stimmenanteile einer Partei in den einzelnen Gebietstypen vom Gesamtstimmenanteil dieser Partei.¹⁾

1)
$$\frac{\text{Stimmenanteil der Partei im Gebietstyp}}{\text{Stimmenanteil der Partei in der Stadt Freiburg}} \times 100 = \text{Wahlmeßziffer}$$

Bei Werten unter 100 liegt der Stimmenanteil im Gebietstyp unter dem Stadtdurchschnitt, bei Werten über 100 darüber.

Wahlmeßziffern für die Bundestagswahl 1983 in Freiburg i. Br.

Gebietstyp	CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE
1	84,9	132,7	47,2	76,7
2	97,6	115,8	69,4	76,0
3	98,7	97,7	102,8	107,8
4	106,8	83,6	115,3	117,8
5	105,1	72,7	166,7	128,7

Die Einzelergebnisse der CDU um den Stadtdurchschnitt schwanken von ca. - 15 % bis + 5 %, bei der SPD von - 30 % bis + 30 %, bei der FDP von - 50 % bis + 60 % und bei den GRÜNEN von - 25 % bis + 30 %.

Mehr als alle anderen Parteien ist die FDP in ein bestimmtes Wählermilieu eingebunden. Die FDP gewinnt in den Wohngebieten der höheren und leitenden Angestellten, Beamten und freien Akademiker einen Stimmenanteil, der um rund 60 % höher liegt als der Stadtdurchschnittswert. Dagegen erzielt die FDP in den Arbeiterwohngebieten Stimmenanteile, die um rund 50 % unter dem Stadtergebnis liegen.

Auch bei der SPD gibt es eine starke Schichtbezogenheit, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Die SPD erreicht in Arbeitervierteln einen um 30 % höheren Stimmenanteil wie im Stadtdurchschnitt, in gehobenen Wohnlagen liegt er rund 30 % unter dem durchschnittlichen Ergebnis.

Bei vorhergehenden Wahlen war die Einbindung der Parteien in ein bestimmtes Wählermilieu noch ausgeprägter als bei der letzten Bundestagswahl 1983. Nimmt man z. B. die Wahl von 1976 zum Vergleich - eine Wahl, die gerne als Normalwahl bezeichnet wird, da bei ihr nicht diese Turbulenzen auftraten wie bei der "Brandt-Wahl" 1972 oder der

Von den gültigen Zweitstimmen entfielen bei den Bundestagswahlen 1976 und 1983 auf ... (in %)
- ohne Briefwahl -

Gebietstyp	CDU		SPD		F.D.P.		Sonstige	GRÜNE
	1976	1983	1976	1983	1976	1983	1976	1983
1	34,7	34,9	55,5	51,1	8,2	3,4	1,6	9,9
2	39,2	40,1	49,2	44,6	10,4	5,0	1,3	9,8
3	42,7	40,6	41,7	37,6	14,2	7,4	1,5	13,9
4	48,1	43,9	37,9	32,2	12,3	8,3	1,7	15,2
5	50,0	42,2	31,8	28,0	16,2	12,0	1,9	16,6
Stadt insg.	44,0	41,1	42,2	38,5	12,2	7,2	1,6	12,9

"Strauß-Schmidt-Wahl" 1980 - so zeigt sich, daß die CDU in den Wohngebieten der höheren Sozialschichten und umgekehrt die SPD in den Arbeiterwohngebieten 1976 deutlich höhere Anteile erreichten als 1983.

Während die Verluste der SPD und der FDP sich im großen und ganzen gleichmäßig über die verschiedenen Gebietstypen verteilten und dadurch die sozialstrukturelle Asymetrie der Wählerschaft beider Parteien zwischen 1976 und 1983 nahezu unverändert blieb, sah die Gewinn- und Verlustrechnung bei der CDU anders aus. Durch leichte Gewinne in den Arbeiterwohngebieten und hohen Verlusten (- 8 %) in den Hochburgen der CDU, den statushöchsten Wohngebieten, hat sich die Schiefelage in der Sozialstruktur der Wählerschaft etwas ausgeglichen, ohne jedoch ganz zu verschwinden. Die Verluste der etablierten Parteien, die vor allem für die FDP empfindlich hoch waren, gingen in erster Linie auf das Konto der sehr erfolgreichen GRÜNEN.

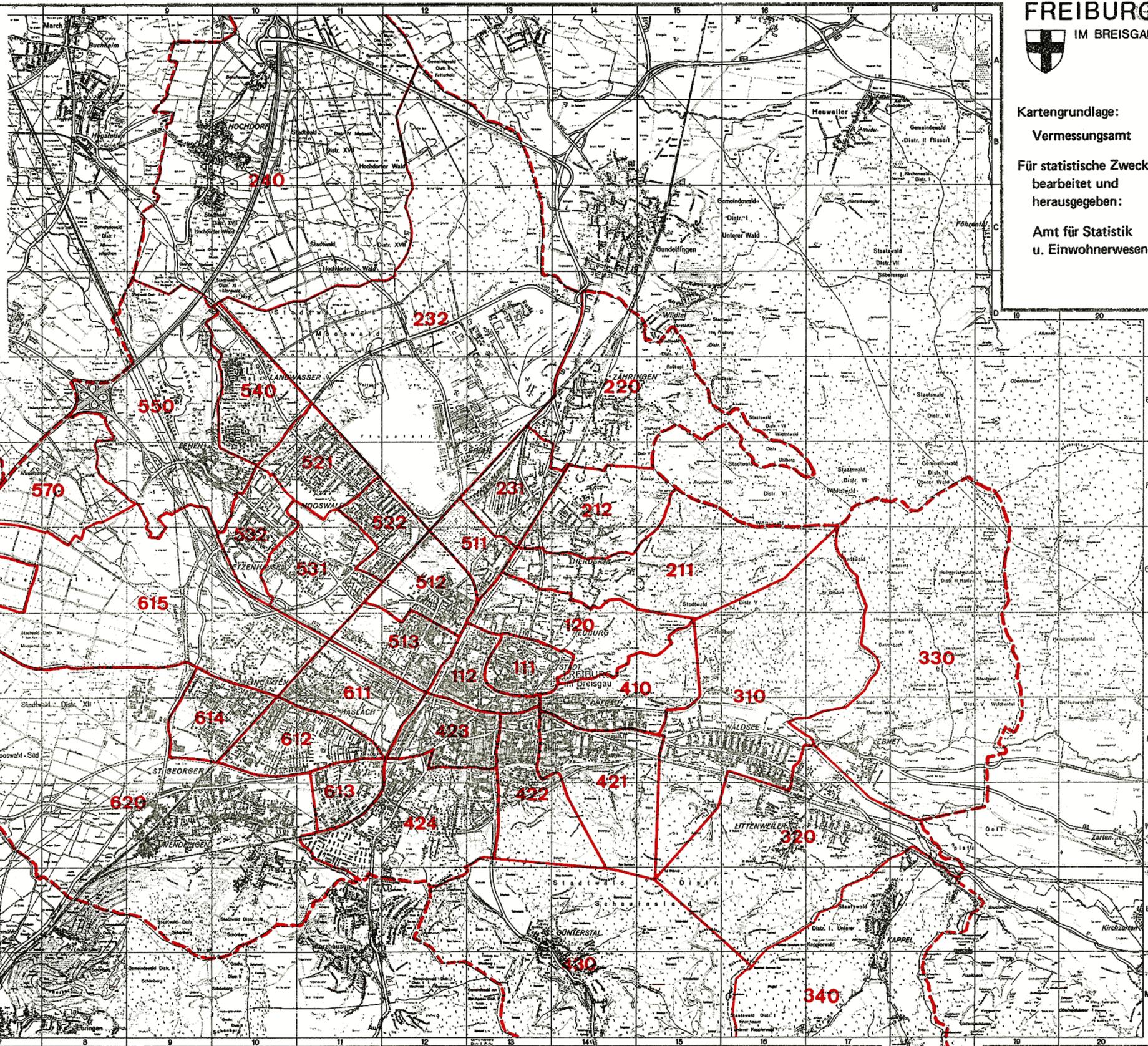
Clusteranalyse der Berufsgruppenanteile 1984

Gebiets- typ	Statist. Bezirke — Anzahl	Arbeiter und einfache Angestellte %	Hand- werker und Fach- arbeiter %	einfache und mittl. Angestellte und Beamte %	gehobene Angestellte und Beamte %	Hand- werks- meister %	selbst. Gewerbe- treibende %	höhere Angestellte und Beamte %	leitende Angestellte und Beamte, freiberufl. Akademik. %
1.	17	27,4	26,5	24,8	12,7	1,5	2,4	4,2	0,3
2	36	13,9	23,3	32,0	18,6	2,6	2,4	6,7	0,5
3	21	9,2	15,1	32,0	25,1	1,8	2,5	13,0	1,2
4	25	11,4	16,9	23,3	24,1	2,5	4,6	15,4	1,8
5	24	8,4	9,1	21,2	26,5	1,7	3,6	25,6	4,0
Stadt insg.	123	13,4	18,3	27,2	21,6	2,1	3,1	12,9	1,5

Kartengrundlage:
Vermessungsamt
Für statistische Zwecke
bearbeitet und
herausgegeben:
Amt für Statistik
u. Einwohnerwesen

Gliederung des Stadtgebiets					
Stadt- bereich	Stadtteil	Stadtbezirk	Stadt- bereich	Stadtteil	Stadtbezirk
1 Mitte	11 Altstadt	111 Altstadt-Mitte 112 Altstadt-Ring	5 West	51 Stühlinger	511 Stühlinger-Bearbarung 512 Stühlinger-Eschholz 513 Alt-Stühlinger
	12 Neuburg	120 Neuburg		52 Mooswald	521 Mooswald-West 522 Mooswald-Ost
2 Nord	21 Herdern	211 Herdern-Süd 212 Herdern-Nord		53 Betzenhausen	531 Betzenh.-Bischofslinde 532 Alt-Betzenhausen
	22 Zähringen	220 Zähringen		54 Landwasser	540 Landwasser
	23 Brühl	231 Brühl-Güterbahnhof 232 Brühl-Industriegebiet		55 Lehen	550 Lehen
3 Ost	24 Hochdorf	240 Hochdorf		56 Waltershofen	560 Waltershofen
	31 Waldsee	310 Waldsee		57 Mundenhof	570 Mundenhof
4 Süd	32 Littenweiler	320 Littenweiler	6 Süd- west	61 Haslach	611 Haslach-Egerten 612 Haslach-Gartenstadt 613 Haslach-Schildacker 614 Haslach-Haid 615 Haslach-Weingarten
	33 Ebnet	330 Ebnet		62 St. Georgen	620 St. Georgen
	34 Kappel	340 Kappel		63 Opfingen	630 Opfingen
	41 Oberau	410 Oberau 421 Oberwiehre		64 Tiengen	640 Tiengen
	42 Wiehre	422 Mittelwiehre 423 Unterwiehre-Nord 424 Unterwiehre-Süd		65 Munzingen	650 Munzingen
	43 Günterstal	430 Günterstal			

Gliederung nach dem Stand vom 1. Januar 1983



0 1 2 3 km
Grenzen der Stadtbezirke = ———

